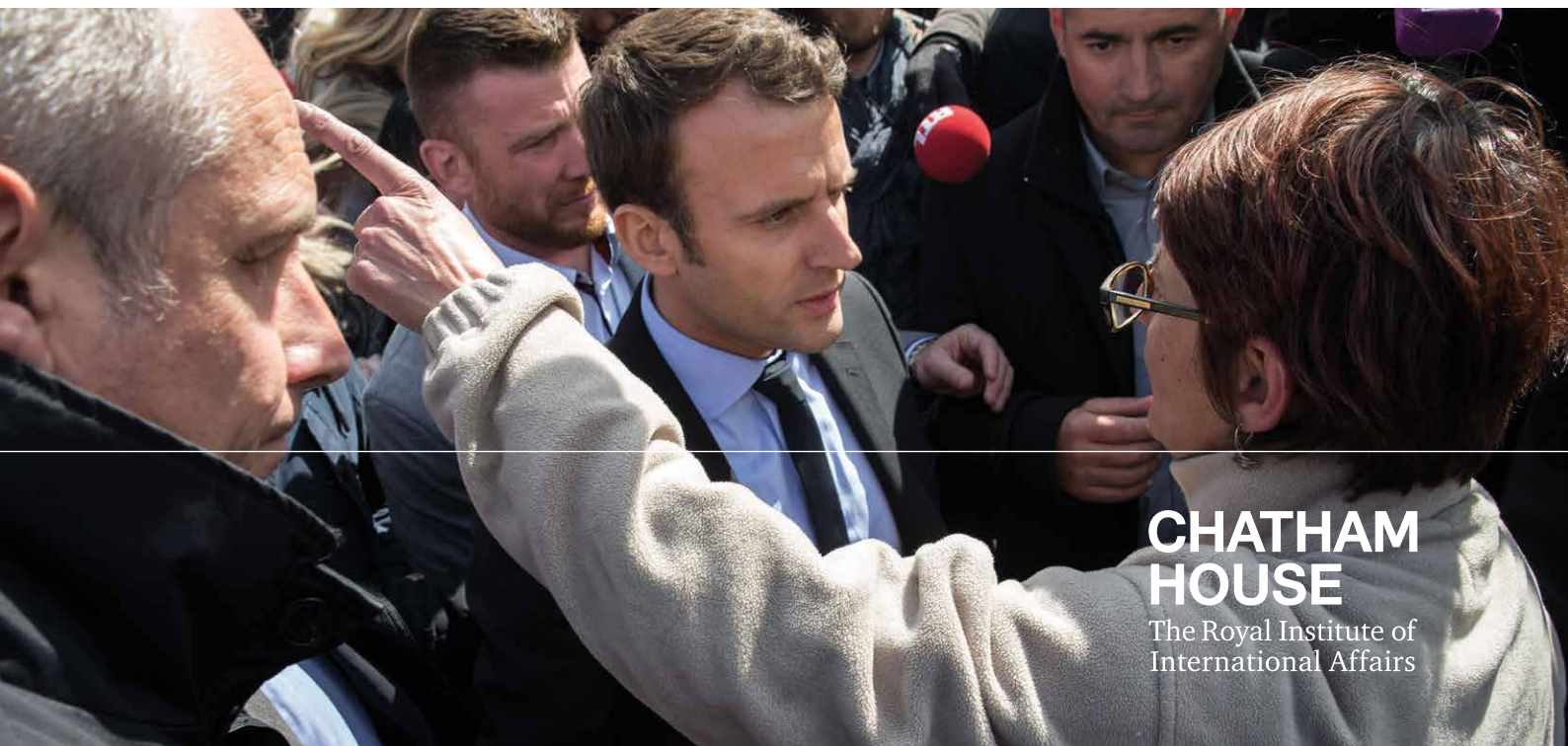


Forschungsbericht

Thomas Raines, Matthew Goodwin und David Cutts
Europa Programm | Juni 2017

Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang? Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU denken – eine repräsentative Umfrage



**CHATHAM
HOUSE**
The Royal Institute of
International Affairs

Inhaltsverzeichnis

	Zusammenfassung	2
1	Einleitung	5
2	Europa unter Druck	7
3	Wie tief ist die Kluft zwischen Bürgern und Eliten?	11
4	Die Kluft in der Bevölkerung	27
5	Die Europäische Elite: Einigkeit und Differenzen zur Zukunft der EU	33
6	Auswirkungen der Gesinnung von Öffentlichkeit und Elite zur Zukunft der EU	38
	Anhang	47
	Über die Autoren	49
	Danksagung	50

Zusammenfassung

- Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sehen sich seit beinahe zehn Jahren mit politischen Umwälzungen konfrontiert. Um der EU ein Umschalten von Krisenmanagement auf politische und wirtschaftliche Erneuerung zu ermöglichen, ist ein besseres Verständnis der den Einstellungen zur EU zugrundeliegenden Beweggründe notwendig – sowohl auf Seiten der „Eliten“ als auch der übrigen Bevölkerung.
- Die vorliegende Studie basiert auf einer zwischen Dezember 2016 und Februar 2017 in zehn Ländern durchgeführten Umfrage, die sich auf zwei Gruppen konzentriert: Erstmalig wurde eine repräsentative Gruppe von 10.000 Bürgern und eine Gruppe von 1.800 Angehörigen der „Elite“ Europas befragt – Personen in einflussreichen Positionen aus Wirtschaft und Politik, sowie Medien und Zivilgesellschaft auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene.
- Die Ergebnisse der Umfrage weisen auf drei Bruchlinien quer durch den Kontinent hin. Zunächst ist der Unterschied zwischen Eliten und übriger Bevölkerung auffällig. Zwar stimmen die Einstellungen beider Gruppen bezüglich Solidarität und Demokratie auf EU-Ebene sowie hinsichtlich eines europäischen Identitätsgefühls überein, allerdings sind in Hinblick auf Grundsatzfragen, Überzeugungen und Lebenserfahrungen beträchtliche Unterschiede festzustellen. Während Eliten eher von der europäischen Integration profitieren und generell liberaler und optimistischer sind, herrscht in der Öffentlichkeit eine schwelende Unzufriedenheit. Große Teile der Bevölkerung sehen die EU in einem negativen Licht, zeigen sich besorgt angesichts möglicher Auswirkungen der Zuwanderung, und wollen den Mitgliedstaaten wieder mehr Befugnisse einräumen. Nur 34 % der Öffentlichkeit meinen, von der EU profitiert zu haben, verglichen mit 71 % der Elite. Eine Mehrheit der Bürger (54 %) ist der Ansicht, ihr Land sei vor 20 Jahren ein besserer Ort zum Leben gewesen.
- Zweitens besteht innerhalb der Öffentlichkeit eine ausgeprägte Kluft zwischen liberaleren und autoritärer denkenden Gruppen, insbesondere zu Fragen der Identität. In der Entwicklung bestimmter Grundhaltungen zur EU spielt diese Kluft eine wesentlich größere Rolle als Faktoren wie Lebensstandard oder Erfahrungen mit sozialen Notlagen. Die aus diesen Differenzen entstehenden politischen Herausforderungen sind voraussichtlich langfristiger Natur – selbst wenn die Wirtschaft wieder wachsen und sich stabilisieren sollte.
- Drittens mangelt es der Elite an einem Konsens bezüglich wichtiger Fragen zur Richtung der EU. Zwar sind die befragten Eliten überwiegend der Meinung, von der EU profitiert zu haben, sie sind sich allerdings in Bezug auf die Aussicht auf stärkere Integration alles andere als einig. Entgegen der Annahme, dass Europas Eliten Integration generell befürworten, zeigten sich 28 % mit dem Status quo zufrieden, wohingegen 37 % glauben, die EU sollte mehr Befugnisse haben. 31 % sind der Ansicht, dass die EU Befugnisse an die Mitgliedstaaten zurückgeben sollte. Die Aussicht auf die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ erfährt mehr Ablehnung als Unterstützung, auch wenn eine stärkere Integration der Eurozone befürwortet wird.

- Die Umfrage macht deutlich, dass die europäische Politik übergegangen ist von einer Phase des Vermittelns zwischen einer auf Integration bedachten politischen Klasse und einer bisweilen skeptischen Öffentlichkeit, hin zu einer Phase, die sowohl bei Bürgern als auch Eliten ein gemischteres Bild zeigt. Diese Ergebnisse sind von maßgeblicher Bedeutung für die Diskussion über die Zukunft Europas.
- Eine Union, die auf Solidarität beruht, unterstützen sowohl Eliten als auch die übrige Bevölkerung. So glauben 77 % der Elite und 50 % der übrigen Bevölkerung, dass reichere Mitgliedstaaten ärmere Mitgliedstaaten finanziell unterstützen sollten, während sich nur 12 % der Elite und 18 % der übrigen Bevölkerung dagegen aussprechen. Diese Erkenntnisse machen die Herausforderungen, eine gerechtere und stärker auf Zusammenhalt ausgerichtete Union zu gestalten, nicht einfacher; sie unterstreichen jedoch, dass eine von sehr unterschiedlichen Einkommen und Wirtschaftsleistungen geprägte Union trotz alledem solidarisch sein sollte.
- Die Uneinigkeit der Elite über die Zukunft der EU schafft Raum für neue Ideen und Visionen. So gibt es weder einen Konsens bezüglich des Kräfteverhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, noch hinsichtlich einer föderalistischen Vision. Dies zeigt die Notwendigkeit einer politischen Führung auf, die es versteht, eine längerfristige Vision für die Zukunft zu entwickeln, hierzu jedoch die Unterstützung einer Mehrheit sowohl der Elite als auch der Öffentlichkeit benötigen wird. Die sich erholende europäische Wirtschaft und die relative politische Stabilität, die auf die diesjährigen Wahlen in Frankreich und Deutschland folgen könnte, könnten eine einzigartige Chance für einen Prozess politischer und wirtschaftlicher Erneuerung bieten. Dies erscheint angesichts der Wahl von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron umso wahrscheinlicher. Darüber hinaus weist die Umfrage auf allgemein positive Einstellungen gegenüber der Führungsrolle Deutschlands hin. 48 % der übrigen Bevölkerung und 62 % der Elite denken, dass Deutschland eine positive Rolle in der EU spielt, wohingegen 28 % der Bevölkerung und 23 % der Elite dieser Aussage nicht zustimmen.
- Die Debatte zu Europa muss über eine rein binäre Diskussion hinausgehen. In Ermangelung einer klaren Mehrheitsmeinung über den weiteren Weg Europas braucht es eine Integrationsagenda, die die Vielfalt der Ansichten über die Zukunft Europas anerkennt und über die schlichte Idee von „mehr“ oder „weniger“ Europa hinausreicht. Eine große Anzahl derer, die mit der Leistung der Union im Großen und Ganzen zufrieden sind, wollen der EU dennoch nicht noch mehr Kompetenzen übertragen. Viele der Befragten aus Bevölkerung und Elite sind der Meinung, von der EU profitiert zu haben; sie sind aber gleichzeitig der Ansicht, dass bestimmte Befugnisse zurück an die Mitgliedsstaaten gereicht werden sollten. Eine genuine politische Erneuerung Europas wird eine offenere, ideenreichere und vielleicht sogar konfliktträchtigere Debatte erfordern.
- Strategien zur Zukunft der EU, die einen Integrationsprozess der verschiedenen Geschwindigkeiten in bestimmten Ländern hervorheben, ignorieren die gravierenden Bruchlinien quer durch den Kontinent. Diese Bruchlinien erfordern eine flexible Herangehensweise an künftige Integrationsbemühungen, die auf mehr als dem Konzept einer Kern-EU und dem einer Peripherie aufbaut.
- Die Differenzen innerhalb der Bevölkerung sind ebenso signifikant wie diejenigen zwischen einzelnen Staaten. Eine Überwindung dieser Differenzen wird unterschiedliche Strategien erfordern. Eine einseitige Konzentration auf die Wohlstandsmehrung der Unions-Bürger

zu wird nicht ausreichen, um den öffentlichen Rückhalt für die EU zu stärken. Vertreter der Institutionen sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene werden sich verstärkt darum bemühen müssen, die Kluft zwischen ihren eigenen Positionen und jenen der Bürger angesichts tiefgreifender sozialer Herausforderungen – Angst vor dem Verlust nationaler Identität, Spannungen infolge von Zuwanderung oder die gefühlte Chancenungleichheit – zu überwinden. Debatten über die zukünftige Richtung der EU sollten sich dementsprechend mit vorhandenen Sorgen über eine vermeintliche Bedrohung nationaler Traditionen und Kulturen ebenso befassen wie mit Ängsten zur wirtschaftlichen Entwicklung.

1. Einleitung

Als die EU-Spitzen im März 2017 zur Feier des 60. Jahrestags der Römischen Verträge in Italien zusammenkamen, standen sie vor den anspruchsvollsten politischen Herausforderungen seit Gründung der Union: Illiberale und euroskeptische Tendenzen in Zentral- und Osteuropa, die wirtschaftlichen Folgen der Eurokrise und das anhaltend hohe Maß an Ungleichheit, die Nachwirkungen der größten Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, das geplante Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU, sowie die zunehmende Anzahl populistischer und Anti-EU-Parteien in Teilen Westeuropas. In krassem Gegensatz zu früheren Jahrzehnten zunehmender Integration, als sich die meisten Bürger weitgehend damit begnügten, die EU betreffende Entscheidungen ihren politischen Vertretern zu überlassen (die Zeit des „permissiven Konsens“), haben diese Herausforderungen die Legitimation der Union und die Fähigkeit ihrer Mitglieder, Einigung über das weitere Vorgehen zu erzielen, untergraben.

Befürworter der europäischen Integration sollten die oben genannten Herausforderungen zum Anlass nehmen, die zukünftige Richtung der EU – einschließlich ihres Geltungsbereichs und ihrer Struktur – sorgfältig zu überdenken. Eine solche Debatte wird eine Schlüsselrolle spielen in den Bemühungen, die Union aus dem Krisenmanagement in Richtung politischer und wirtschaftlicher Erneuerung zu steuern. Eine sinnvolle Diskussion und wirksame Antworten setzen jedoch ein besseres Verständnis für die gegenwärtigen Einstellungen zur EU seitens Öffentlichkeit und „Eliten“ voraus. Schließlich sind diese Einstellungen nichts anderes als das Fundament, auf dem die Zukunft der Union beruht.

Die vorliegende Studie bietet Aufschluss zu diesen Einstellungen. Sie beruht auf einer bisher einmaligen, von Dezember 2016 bis Februar 2017 durchgeführten Umfrage, die die Einstellungen gegenüber der EU wie auch gegenüber der europäischen und jeweiligen nationalen Politik und Gesellschaft in zehn Ländern untersuchte: Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Spanien, Ungarn und das Vereinigte Königreich. Befragt wurden die folgenden zwei Gruppen:

- Eine repräsentative Gruppe aus der breiten Öffentlichkeit jedes Landes, bestehend aus 10.195 Personen ab 18 Jahren, die unter Verwendung von geschlechts-, alters- und ortsspezifischen Quoten online befragt wurden.
- Eine Auswahl von Mitgliedern der Elite, definiert als Personen in einflussreichen Positionen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene in vier Schlüsselsektoren (gewählte Politiker, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft), wobei die Befragung der 1.825 Personen (etwa 180 aus jedem Land) entweder per Telefon, oder mittels persönlicher oder Online-Interviews durchgeführt wurde.

Ziel dieser Studie war es, Meinungen quer durch die EU zu untersuchen, weshalb hier nicht auf etwaige Unterschiede zwischen den in den einzelnen Ländern befragten Gruppen eingegangen wird. Die Elitenumfrage zielte in erster Linie auf Personen aus den Mitgliedstaaten und nicht auf Vertreter aus Brüssel oder von EU-Institutionen ab. Der Begriff „Elite“ lässt zwar unterschiedliche Auslegungen zu, beschreibt jedoch recht gut den Unterschied zwischen der breiten Öffentlichkeit und jenen Personen, die stärker daran interessiert sind, die Ausrichtung der EU in den kommenden Jahren festzulegen und diesbezüglich auch mehr Einfluss haben.

Zahlen, die sich auf EU-Durchschnittswerte beziehen, sind nach Bevölkerungszahl von neun Ländern gewichtet; davon ausgenommen sind die britischen Befragten, da diese angesichts der im Juni 2016 gefassten Entscheidung, die EU zu verlassen, nicht direkt in die Entwicklung der EU betreffende Entschlüsse eingebunden werden. Eine Ausnahme bildet Box 1 (siehe Kapitel 3), in der Daten aus dem Vereinigten Königreich herangezogen wurden, um den Einfluss des Brexits auf das breite Spektrum der Meinungen in den anderen Mitgliedstaaten zu beleuchten. Erläuterungen zu den Methoden der Umfrage finden sich in Anhang I.

In der vorliegenden Studie werden zunächst die politischen Trends, die die Politik in ganz Europa prägen, untersucht. Daraufhin wird kurz dargelegt, wie die Daten auf einen an drei Fronten gespaltenen Kontinent hindeuten. Erstens ist eine Kluft zwischen Eliten und der Öffentlichkeit auszumachen: Auch wenn eine gewisse Übereinstimmung in den Haltungen zu Solidarität, Demokratie und den Errungenschaften der EU festzustellen ist, so gibt es doch markante Unterschiede, was politische Grundwerte, Gefühle gegenüber der EU und Einstellungen zu Vielfalt und Zuwanderung betrifft. Zweitens besteht eine gesellschaftliche Kluft in der Bevölkerung, deren unterschiedliche Werte Europa in zwei verschiedene Richtungen ziehen. Drittens ist sich die Elite in wesentlichen Fragen bezüglich der zukünftigen Richtung der EU uneinig. Im letzten Kapitel werden die Auswirkungen dieser Ergebnisse auf die Zukunft der Union erörtert. Es zeigt sich, dass Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bevölkerung eine ebenso große Rolle wie zwischenstaatliche Differenzen spielen, und dementsprechend unterschiedliche Strategien erfordern. Um der Vielfalt der Sichtweisen in Bevölkerung und Elite besser Genüge zu tun, wird die EU über eine rein binäre Debatte über ihre Zukunft hinausgehen müssen. In Ermangelung eines Konsenses und angesichts der relativen politischen Stabilität, die den Wahlen in diesem Jahr folgen sollte, erscheint der Raum für neue Ideen und Visionen durchaus gegeben.

2. Europa unter Druck

Sechs große Herausforderungen

Im Laufe der vergangenen zehn Jahre sahen sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten mit einer seit ihrer Gründung im Jahr 1957 beispiellosen Zeit politischer Unruhen und Krisen konfrontiert. Die EU steht vor sechs großen Herausforderungen, die sich quer durch die ineinandergreifenden Bereiche der Wirtschaft, Politik und Demografie ziehen.

Das Erbe der Eurokrise

Die Phase der akuten Eurozonenkrise ist vorüber; es gibt Zeichen wiederauflebenden Wirtschaftswachstums und sinkender Arbeitslosigkeit. Geblieben sind jedoch das politische Vermächtnis der Rettungspakete und wirtschaftlichen Sparmaßnahmen, die Differenzen, die dadurch zwischen den Mitgliedern der „Schuldner-“ und „Gläubiger“-länder der Eurozone entstanden sind, anhaltende Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung, Sorgen über die hohe Verschuldung und die Stabilität des Bankensektors in einigen Ländern sowie Ängste hinsichtlich des unverhältnismäßigen Einflusses Deutschlands innerhalb der EU. Auch wenn die Arbeitslosigkeit im Sinken begriffen ist, gibt es innerhalb der Union immense Unterschiede,¹ während das jährliche Lohnwachstum nur die Hälfte des Niveaus gegenüber der Zeit vor der Krise erreicht. Einkommensunterschiede haben in zwei Drittel der EU-Länder zugenommen.² Des Weiteren wird die Globalisierung die Wettbewerbsfähigkeit Europas in den traditionellen wirtschaftlichen Stärkefeldern und hinsichtlich der Beschäftigung auf längere Sicht weiterhin fordern. Die Erwerbstätigen in der EU werden älter und weniger,³ während durch die Automatisierung zusätzliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen entstehen können.

Die Flüchtlingskrise

Seit 2015 hat eine gewaltige Flüchtlingskrise, die ihre Wurzeln in Konflikten und in der politischen Instabilität im Nahen Osten und Nordafrika hat, erhebliche, schon ungleichmäßige Auswirkungen auf die EU-Mitgliedsstaaten, führt zu Uneinigkeit über die richtige Vorgehensweise, untergräbt Bemühungen, gemeinsame Antworten zu finden und löst Ängste in der Bevölkerung aus. 2015 und 2016 wurden in den 28 Mitgliedstaaten jährlich rund 1,3 Millionen Asylanträge gestellt, gegenüber 625.000 im Jahr 2014 und 430.000 im Jahr 2013.⁴ Während einige EU-Mitglieder, unter anderem Deutschland, Italien, Schweden und Österreich, eine beachtlich hohe Anzahl an Flüchtlingen aufgenommen haben, zeigten manche zentral- und osteuropäische Staaten diesbezüglich offene Ablehnung. Die öffentliche

¹ Im März 2017 lag die Arbeitslosenrate in Deutschland unter 4 % – der tiefste Wert seit der Wiedervereinigung 1990, während die Raten in Frankreich und Italien weiterhin über 10 % und in Griechenland bei 23,5 % liegen. Arbeitslosenstatistik nach Eurostat http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics.

² European Parliamentary Research Service (2015), *Wage developments in the euro area: Increasingly unequal?*, http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2015/565884/EPRS_BRI%282015%29565884_EN.pdf (abgerufen am 10. Mai 2017).

³ Nach Eurostat-Schätzungen wird die Erwerbsbevölkerung der EU jährlich bis 2040 um 0,4 % sinken. Eurostat (2015), *Demographics and the economy: how a declining working-age population may change Europe's growth prospects*, 3. Dezember 2015, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=1196&newsId=2402&furtherNews=yes> (abgerufen am 10. Mai 2017).

⁴ Eurostat-Asylstatistiken, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics (abgerufen am 10. Mai 2017).

Sorge über die Flüchtlingskrise wurzelt nicht einfach nur in ihren finanzwirtschaftlichen oder humanitären Auswirkungen, sondern auch in den empfundenen Sicherheitsbedrohungen.⁵ Die Krise wurde nur durch ein fragiles Abkommen zwischen der EU und der Türkei zum Umgang mit den Flüchtlingsströmen entschärft.

Brexit

Am 23. Juni 2016 war das Vereinigte Königreich der erste Mitgliedstaat, der dafür stimmte, aus der EU auszutreten, als 51,9 % der Wähler den Brexit in einem Referendum befürworteten – darunter viele, denen die Zuwanderung Sorgen machte. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte muss sich die EU nicht mit Erweiterung, sondern mit ihrer Verkleinerung auseinandersetzen. Die Auswirkungen des Brexits auf die zukünftige europäische Integration sind unklar. Zum jetzigen Zeitpunkt scheint kein anderes Mitgliedsland dieser Entscheidung nacheifern zu wollen. Die Verhandlungen über das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs und ein neues Handelsabkommen könnten den Zusammenhalt der EU eher stärken, als zu ihrer Zersplitterung beitragen. Die Entscheidung der Briten wird jedoch auch das EU-Budget belasten, einen der stärksten Befürworter struktureller Reformen sowie der Vollendung und Erweiterung des Binnenmarktes verstummen lassen und das politische Gleichgewicht zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten verändern.

Populistische Anti-EU-Parteien

Die Abstimmung zugunsten des Brexits veranschaulicht eine weitreichendere Herausforderung für die Union – nämlich die populistischen rechten Anti-EU-Parteien, die in den meisten Mitgliedstaaten festen Fuß gefasst haben. Besonders in Westeuropa bietet die Massenzuwanderung den idealen Nährboden für das Aufstreben radikaler, der EU ablehnend gegenüberstehender Parteien, die die europäische Integration mit einer Bedrohung für die Souveränität, Kultur, Sicherheit und Sozialsysteme ihrer Länder verknüpfen. Der Aufschwung der populistischen Rechten ist jedoch seit längerem im Gange. Einer Analyse zufolge hat sich ihr durchschnittlicher Stimmenanteil in nationalen und europäischen Wahlen seit den 1960er-Jahren von 5,1 % auf 13,2 % mehr als verdoppelt, während sich ihr Anteil an Sitzen verdreifacht hat.⁶ Populisten sind auch nicht ausschließlich Außenseiter. In den vergangenen Jahren traten sie Regierungskoalitionen in elf westlichen Demokratien bei, darunter einige EU-Mitgliedstaaten. Diese Parteien haben auch starke indirekte Auswirkungen auf die Politik in den EU-Staaten und verändern Wettbewerbsstrukturen grundlegend, indem sie die etablierten Parteien nach rechts drängen.⁷

Illiberale Tendenzen in Zentral- und Osteuropa

Eine große Gefahr für die EU geht heute von aufkeimenden Autokratien innerhalb ihrer eigenen Grenzen aus. In Ungarn, Polen und Rumänien werden Rechtsstaat und demokratische Normen von Regierungen mit autoritären Tendenzen infrage gestellt. Wie ein Wissenschaftler vor Kurzem bemerkte: „Angesichts des derzeitigen Abdriftens einiger EU-Mitgliedstaaten in Richtung

⁵ Poushter, J. (2016), „European opinions of the refugee crisis in 5 charts“, Pew Research Europe, 16. September 2016, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/09/16/european-opinions-of-the-refugee-crisis-in-5-charts> (abgerufen am 10. Mai 2017).

⁶ Stockemer, D. (2017), „The success of radical right-wing parties in Western European regions – new challenging findings“, *Journal of Contemporary European Studies*, 25(1): S. 41–56, <http://dx.doi.org/10.1080/14782804.2016.1198691> (abgerufen am 10. Mai 2017).

⁷ Wagner, M. and Meyer, T. (2017), „The radical right as niche parties? The ideological landscape of party systems in Western Europe, 1980–2014“, *Political Studies* 65(1): S. 84–107, doi: 10.1177/0032321716639065 (abgerufen am 10. Mai 2017).

Autoritarismus, können wir mit Wehmut auf die Tage zurückblicken, als Wissenschaftler glaubten, die größten Gefahren für die Demokratie in Europa gingen von den demokratischen Defiziten der EU selbst aus.⁸ Nicht selten üben diese Regierungen Kritik an gewissen EU-Initiativen und gehen auf Kollisionskurs mit EU-Institutionen.

Legitimationskrise

Diese Herausforderungen haben zu einem sinkenden Vertrauen in Führungseliten und Integration geführt. Ebenso wurde von Kritikern jahrelang argumentiert, dass Schwächen im öffentlichen Engagement und der politischen Verantwortlichkeit auf EU-Ebene in Verbindung mit dem Fehlen eines gemeinsamen „Demos“, ein demokratisches Defizit im Innersten der Union erzeugt haben. 2013 erreichte der Anteil an Wählern, die angeben, der EU „eher nicht zu vertrauen“, ein Rekordhoch, obwohl sich dieser Wert seither leicht verbessert hat.⁹ Dieses Legitimationsproblem erschwert es den Regierungen auf EU-Ebene einen Konsens herzustellen.

Das Ende des permissiven Konsenses

Die oben genannten Herausforderungen stellen sich im Kontext einer umfassenden Veränderung in der europäischen Politik. Die über Jahre nachgiebige Bereitschaft der Bürger, ihre politischen Vertreter einfach schalten und walten zu lassen, verliert in letzter Zeit an Boden. Sieht man von einigen bemerkenswerten Ausnahmen ab, waren die Wähler früher den Hauptparteien gegenüber loyal und nicht unglücklich darüber, Entscheidungen über die europäische Integration den Regierenden zu überlassen. Das alte Treueverhältnis zwischen Wählern und den etablierten Parteien ist schwächer geworden, wodurch die Wählerschaft unberechenbarer wird und weniger bereit ist, Entscheidungen ihren gewählten Vertretern zu überlassen. Untersuchungen haben die Rolle von Werten und Kultur – anstelle von Einkommen oder Schicht – als Ursache dieser Erosion hervorgehoben, was für traditionell große Parteien ein schwierig zu lösendes Problem darstellt.

Der Verlust des öffentlichen Vertrauens in das politische Establishment schafft Raum für das Entstehen neuer Parteien, die eine ganz andere Botschaft zu den oben genannten Themen anzubieten haben. Dies hat auch den länger etablierten Parteien der populistischen Rechten einen politischen Impuls verliehen. Im Gegensatz dazu tun sich viele der älteren Mainstream-Parteien schwer, darauf zu reagieren. Zwei Wissenschaftler kürzlich dazu:

Die Veränderung rührt nicht daher, dass sich Mainstream-Parteien als Reaktion auf Wählerpräferenzen verlagert haben, sondern weil sich die Wähler Parteien zugewandt haben, die sich gegenüber der neuen Kluft sehr markant profilieren. Diese Parteien greifen Europa und die Zuwanderung betreffende Themen auf, die Mainstream-Parteien lieber ignorieren würden.¹⁰

Vor diesem Hintergrund besteht die klare Notwendigkeit, Einstellungen gegenüber der EU zu überprüfen und die zugrunde liegenden Faktoren zu untersuchen – nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch bei den Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft. Es kommt mehr denn je darauf an zu verstehen, wie die gesellschaftlich relevanten Akteure in

⁸ Kelemen, R. D. (2017), „Europe's other democratic deficit: National authoritarianism in Europe's democratic union“, *Government and Opposition*, 52(2): S. 211–238, <https://doi.org/10.1017/gov.2016.41> (abgerufen am 10. Mai 2017).

⁹ Europäische Kommission (2013), „Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse“, Standard-Eurobarometer 79, S. 9, http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb79/eb79_first_en.pdf (abgerufen am 10. Mai 2017).

¹⁰ Hooghe, L. and Marks, G. (2016), „Europe's Crises and Political Contestation“, Vortrag im Rahmen der Konferenz „Theory Meets Crisis“, Robert Schuman Centre, European University Institute, Florenz, 30. Juni–1. Juli 2016.

Europa die zentralen Herausforderungen in Europa sehen, wie ihre Ansichten möglicherweise von jenen der Bevölkerung abweichen, und wie nach Möglichkeit Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten überbrückt werden könnten. Populisten nähren die Auffassung, dass es eine eigennützige und korrupte politische Klasse gibt, die die Werte der „einfachen“ Wähler nicht teilt. Die Wahrnehmung einer Kluft zwischen Öffentlichkeit und Elite ist eine fundamentale Dimension populistischer Politik, besonders innerhalb der EU; häufig wird diese Kluft als ein von der Elite unterstütztes System dargestellt, das auf einem den Nationalismus Einhalt gebietenden Fundament beruht. Daher kommen nativistische und systemkritische Botschaften bei EU-Gegnern besonders gut an. Jeglicher Fortschritt in Richtung einer stärkeren Integration – selbst dann, wenn zur Lösung struktureller Probleme in der Steuerung der EU als notwendig erachtet – wird untergraben werden, wenn er nicht auf einer breiten öffentlichen Zustimmung beruht und von der Elite unterstützt wird. Das Wesen dieser Differenzen zu verstehen und Konsensbereiche zu identifizieren wird eine Grundvoraussetzungen für die Bewältigung der oben beschriebenen Herausforderungen sein.

3. Wie tief ist die Kluft zwischen Bürgern und Eliten?

Die europäische Integration gilt oft als elitengesteuertes Konzept. Laut einer Studie ist die EU die „Summe an Bauarbeiten von Generationen europäischer Eliten unter wechselnden Bedingungen und nach unterschiedlichen Standards und Bauplänen“.¹¹ Gleichzeitig ist die Geschichte der Union von Spannungen zwischen den Projekten der Elite und dem Maß an öffentlicher Zustimmung geprägt; nationale Referenden in den Niederlanden, Frankreich, Schweden und anderswo, die die Integration bisweilen gebremst haben, verdeutlichen dies. Ein Vergleich der Einstellungen von Bürgern und Elite ermöglicht die Untersuchung dieser politischen Dynamik und des Ausmaßes der Kluft, die sich zwischen beiden Gruppen auftut.

In den Ergebnissen dieser Umfrage zeigt sich ein differenziertes Bild: ein Gemisch aus unerwarteter Übereinstimmung und signifikanten Unterschieden zwischen den beiden Gruppen. Zu den Bereichen, in denen überraschenderweise Einigkeit herrscht, zählen Solidarität, Demokratie, europäische Identität und die Erfolge und Misserfolge der EU.

Andererseits zeigt sich eine sichtbare Kluft zwischen den Grundhaltungen, Überzeugungen und Lebenserfahrungen der beiden Gruppen. Im Vergleich zur Öffentlichkeit sind Entscheidungsträger und Meinungsbildner deutlich liberaler und optimistischer, fühlen sich einer paneuropäischen Identität und gemeinsamen europäischen Werten stärker verpflichtet und profitieren ihrem Dafürhalten nach stärker von den Vorteilen der Integration. Indes herrscht in der Öffentlichkeit eine schwelende Unzufriedenheit mit einer Reihe von politischen Belangen. So sehen große Teile der Bevölkerung die EU in einem negativen Licht; wollen, dass den Mitgliedstaaten einige Befugnisse zurückgegeben werden; sind über die Zuwanderung und ihre wahrgenommenen Auswirkungen sowie die Rolle des Islam in der Gesellschaft beunruhigt; und sind pessimistisch, was die Zukunft angeht. Solche Ansichten sind besonders bei Personen mit geringerem Bildungsniveau stark verbreitet.

Bereiche der Übereinstimmung zwischen Bürgern und Eliten

Die Daten zeigen vier nennenswerte Bereiche relativer Übereinstimmung: ein starkes Bekenntnis zu einer Union, die auf Solidarität beruht und die Krise in der Eurozone überlebt hat, überraschend positive Einstellungen gegenüber der Demokratie auf EU-Ebene, durchwegs positive Haltungen gegenüber der Idee einer gemeinsamen europäischen Identität sowie ähnliche Ansichten über die wichtigsten Errungenschaften und größten Misserfolge der EU.¹²

¹¹ Best, H., Lengyel, G. and Verzichelli, L. (Hrsg.) (2012), *The Europe of Elites: A Study into the Europeanness of Europe's Political and Economic Elites*, Oxford: Oxford University Press, S. 3.

¹² Daten zu Bürgern und Eliten des Vereinigten Königreichs wurden nicht berücksichtigt. Zahlen, die sich in diesem Abschnitt auf EU-Durchschnittswerte beziehen, sind nach Bevölkerungszahl der übrigen neun Länder gewichtet.

Solidarität

Der Begriff der Solidarität, die der europäischen Integration zugrunde liegt, wurde in den letzten Jahren anhaltend strapaziert. Vor allem die Eurokrise trug zu einer polarisierenden Darstellung von „Gläubiger-“ und „Schuldner“-Staaten bei, was durch moralisierenden Eifer an den Rändern beider Seiten geschürt wurde, während die Flüchtlingskrise über den ganzen Kontinent hinweg völlig unterschiedliche Reaktionen hervorrief. Solidarität ist eines der Vertragsziele der EU, anhaltende Spannungen hinsichtlich eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Solidarität und Verantwortung veranschaulichen jedoch die konkurrierenden Interpretationen des Konzepts in einer Union mit sehr unterschiedlichen Reichtums- und Wohlstandsniveaus.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass sowohl die Annahme, dass die EU eine Umverteilungsunion sein sollte, als auch die Solidarität, die dem zugrunde liegen sollte, auf breite Zustimmung stoßen.

- 50 % der Öffentlichkeit waren der Meinung, dass reichere Mitgliedstaaten ärmere finanziell unterstützen sollten, während nur 18 % damit nicht einverstanden waren (siehe Abbildung 1). Die Empathie der Elite war deutlich stärker; 77 % waren dafür und 12 % dagegen.
- In der Öffentlichkeit waren jene, die am ehesten glaubten, dass reichere Mitgliedstaaten ärmere Staaten finanziell unterstützen sollten, tendenziell älter, hatten einen Hochschulabschluss und lebten in Städten.
- Jene, die dieses Zeichen europäischer Solidarität am wenigsten befürworteten, hatten in der Regel ein geringeres Bildungsniveau (d.h. keinen Hochschulabschluss) und lebten in eher ländlichen Gegenden.
- Während Deutschland für seine Strategie im Umgang mit der Eurokrise kritisiert wurde, gaben beinahe zwei Drittel der Elite und fast die Hälfte der Bevölkerung an, dass Deutschland eine positive Rolle in der EU spiele.

Abbildung 1: „Reichere Mitgliedstaaten sollten ärmere Mitgliedstaaten finanziell unterstützen“

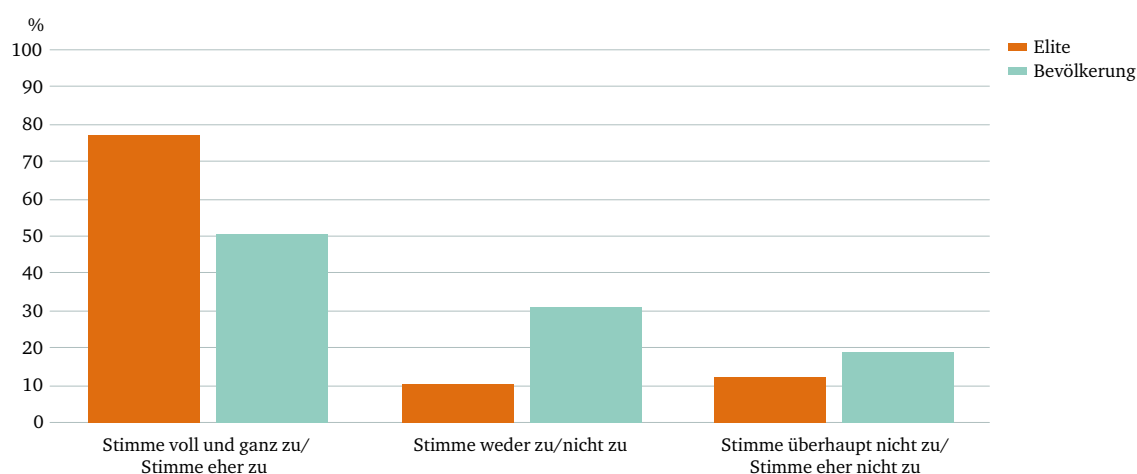
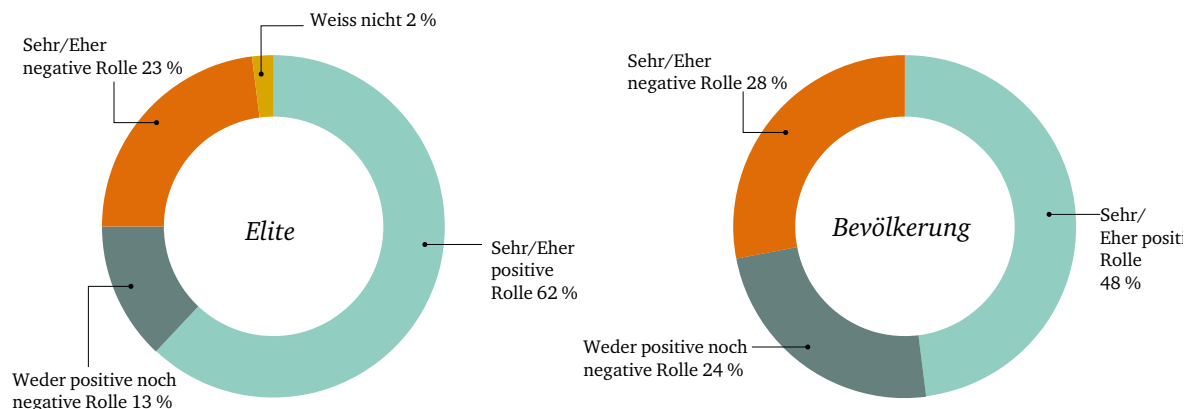


Abbildung 2: Auffassungen über Deutschlands Rolle in der EU



Demokratie und Teilhabe

Ein zweiter Bereich, bei dem sowohl in der Bevölkerung als auch in den Reihen der Elite relative Einigkeit herrscht, betrifft die Demokratie in der EU. Trotz der weit verbreiteten Besorgnis hinsichtlich eines „demokratischen Defizits“ waren die Einstellungen gegenüber der Demokratie auf EU-Ebene bei beiden Gruppen erstaunlich positiv.

- Auf die Frage, wie demokratisch man die EU auf einer Skala von 0 bis 10 (wobei 10 für sehr demokratisch stand) bewerten würde, antworteten 64 % der Bevölkerung und 79 % der Elite mit 5 oder mehr, und 30 % bzw. 45 % vergaben Noten zwischen 7 und 10.
- In jeder Gruppe gibt es dennoch einen erheblichen Anteil – 25 % der Bevölkerung und 13 % der Elite – der die EU als undemokratisch bezeichnet.

Weitaus breitere Unzufriedenheit herrscht in der Wahrnehmung demokratischer Responsivität. Die Teilnehmer wurden gefragt, ob sie das Gefühl hätten, dass „Politiker sich darum kümmern, was Menschen wie sie denken“. Die Mehrheit in beiden Gruppen – 51 % der Elite und 74 % der Bevölkerung – verneinten die Frage. Nur 8 % der Bevölkerung antworteten, dass Politiker sich darum kümmern, was Menschen wie sie denken.

Europäische und nationale Identität

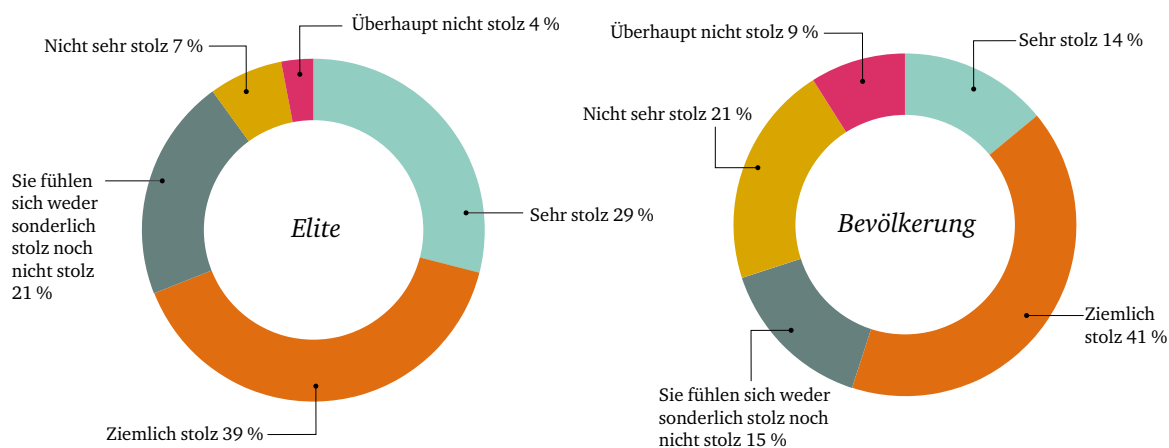
Die vielfach geäußerte Kritik an der EU als ein politisches Projekt ist in dem Gefühl verwurzelt, dass ihre Bürger keine gemeinsame europäische Identität haben. Daher lag es nahe, die Wahrnehmungen einer solchen Identität in dieser Umfrage zu untersuchen. Den Ausgangspunkt bildete die Frage, ob die Teilnehmer stolz darauf seien, Europäer zu sein.

Die Mehrheit in beiden Gruppen – 56 % der Bevölkerung und 68 % der Elite – gaben an, sie seien entweder „sehr“ oder „ziemlich“ stolz, Europäer zu sein.

- In der Bevölkerungsgruppe, die sich zu dieser Frage äußerte, war der Anteil der Befragten, die angaben, stolz auf ihre Nationalität, jedoch nicht darauf, Europäer zu sein, relativ gering (17 %).
- Das Gefühl, stolz auf die eigene europäische Identität zu sein, ist bei Mitgliedern der Elite doppelt so häufig – 29 % gegenüber 14 % der Bevölkerung.

- Es gibt einen harten Kern – 29 % der Bevölkerung und 10 % der Elite – die anführen, sie seien nicht stolz auf ihre europäische Identität.

Abbildung 3: Einstellungen zu dem Gefühl, Europäer zu sein



Diese Ergebnisse verdeutlichen ein gewisses Maß an Bewusstheit in der Bevölkerung, europäisch zu sein und diesem Gefühl positiv gegenüber zu stehen, was angesichts der Tatsache, dass man die EU-Spitze mitunter dafür verspottet, solche Gefühle künstlich zu erzeugen, bemerkenswert ist. Natürlich schließt der Anspruch, Europäer zu sein, eine EU-skeptische oder ablehnende Haltung nicht aus.

Mitgliedern der Elite Europas wird bisweilen nachgesagt, die europäische Identität mehr in den Vordergrund zu stellen und ihr mehr Wert beizumessen als ihrer nationalen Identität. Diese Behauptung ist jedoch weit gefehlt. Eine große Mehrheit der Elite äußert sich stolz über ihre europäische Identität, was allerdings nicht zu Lasten eines nationalen Zugehörigkeitsgefühls geht. Ein Großteil der Befragten der Elite gibt an, stolz auf ihre nationale Identität zu sein und hält nationale und europäische Identitäten nicht für unvereinbar. Von den Mitgliedern der Elite, die sich dazu äußerten, sind nur 6 % stolz auf ihre europäische Identität, jedoch *nicht* auf ihre nationale Identität, während 81 % Stolz für beide Identitäten empfinden.

Tabelle 1: Einstellungen gegenüber nationaler und europäischer Identität (% der Befragten)

	Elite	Bevölkerung
Stolz auf nationale und europäische Identität	81	58
Stolz auf europäische, nicht aber nationale Identität	6	8
Stolz auf nationale, nicht aber europäische Identität	9	17
Weder stolz auf nationale noch auf europäische Identität	4	17

Anmerkung: Personen, die keine Meinung dazu hatten, werden hier nicht berücksichtigt.

Was hat die EU je für uns getan?

Ein vierter Bereich, in dem Öffentlichkeit und Elite übereinstimmen, betrifft ihre Meinungen bezüglich der Errungenschaften und Misserfolge der EU. In beiden Gruppen wurden die Teilnehmer gefragt, was sie für den größten einzelnen Erfolg bzw. Misserfolg der EU halten und welche zu den Top Drei gehören. Im Wesentlichen herrscht bei Bürgern und Elite über die Bilanz der EU weitgehend Einigkeit.

Errungenschaften

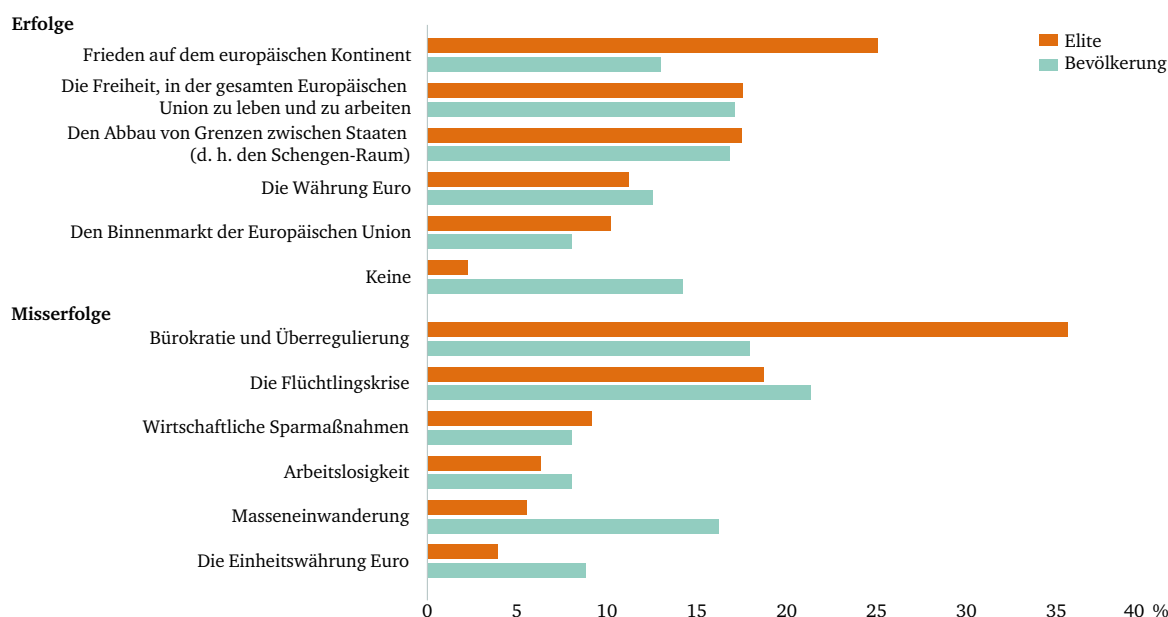
- Befragte aus den Reihen der Elite sahen die größte Leistung der EU am ehesten in der Friedenserhaltung, während Befragte aus der Bevölkerung das Recht auf Freizügigkeit anführten.
- Für beide Gruppen sind die fünf wichtigsten Erfolge: Frieden, der Schengen-Raum, Freizügigkeit, der Binnenmarkt und die Einheitswährung. Diese bahnbrechenden Errungenschaften der EU scheinen das größte Gewicht zu haben.
- In beiden Gruppen wurde der Schutz von Arbeitnehmerrechten, der Umweltschutz und Verbraucherschutzvorschriften am seltensten zu den wichtigsten Erfolgen der EU gezählt.
- Der größte Unterschied zwischen den beiden Gruppen besteht darin, dass ein harter Kern von 14 % der Bevölkerung der Meinung ist, die EU könne keine Erfolge vorweisen. Dies war die dritthäufigste Antwort der Öffentlichkeit (in der Elite-Gruppe betrug dieser Anteil 2 %).

Misserfolge

- Die Befragten der Gruppe Bevölkerung zählten am häufigsten die Flüchtlingskrise, die Bürokratie und Überregulierung sowie die Zuwanderung zu den größten Misserfolgen der EU. Dies unterstreicht, dass identitätsbezogene Themen im Vordergrund stehen.
- Mit etwas Abstand sah die Elite die Bürokratie und Regulierung als größtes Versagen, obwohl neben Sparmaßnahmen und Arbeitslosigkeit auch die Flüchtlingskrise und die Zuwanderungspolitik zu den größten Misserfolgen gezählt wurden.

Die Unzufriedenheit mit der Flüchtlingskrise dürfte mehr der Art und Weise geschuldet sein, wie man sie zu bewältigen versuchte, als einer ablehnenden Haltung gegenüber Flüchtlingen per se. Sie veranschaulicht jedoch, wie sehr dieses Versagen mit der EU assoziiert wird, auch wenn die mangelnde Koordination auf EU-Ebene zum Teil auf die unterschiedlichen Herangehensweisen der Mitgliedstaaten zurückzuführen ist.

Abbildung 4: Größte Erfolge und Misserfolge der EU



Differenzen zwischen Bevölkerung und Elite

Während die Bevölkerung und die Elite generell ähnliche Ansichten über die Erfolge und Misserfolge der EU haben, tut sich in einigen wichtigen Bereichen eine ausgeprägte Kluft zwischen den beiden Gruppen auf – insbesondere, was die Themen Wahrnehmung der EU, Integration und Erweiterung sowie Zuwanderung betrifft.

Wahrnehmung der Vorteile durch die EU

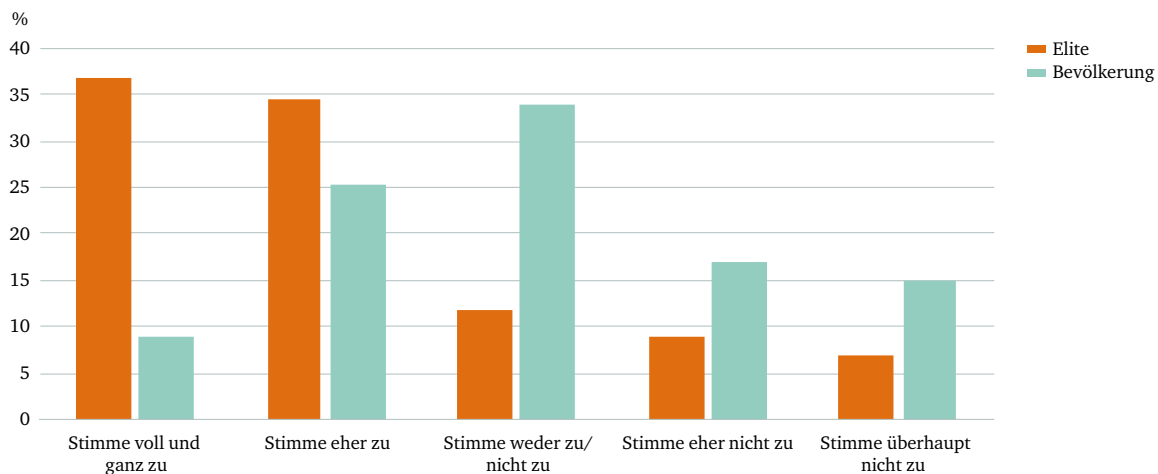
Mit der Frage, ob Menschen „wie sie“ von der EU-Mitgliedschaft profitiert hätten, wurde versucht, die wahrgenommenen persönlichen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf einzelne Personen zu erfassen und nicht Meinungen über die Auswirkungen auf das betreffende Land oder die Wirtschaft einzuholen. Wie in Abbildung 5 dargestellt, glaubten die Mitglieder der Öffentlichkeit nicht nur weitaus weniger oft als die Elite, dass Menschen „wie sie“ von der EU profitiert hätten, sondern es zeigten sich auch große Unterschiede innerhalb einer Gruppe.

Mitglieder der Elite waren zum überwiegenden Teil (71 %) der Meinung, dass sie von der europäischen Integration profitiert hätten. Im Gegensatz dazu war die Bevölkerung beinahe exakt dreigeteilt: 34 % sagten, sie hätten profitiert, 32 % gaben an, sie hätten nicht profitiert, und 34 % hatten dazu keine feste Meinung.

- Ein viel höherer Anteil der Elite (37 %) als der Bevölkerung (9 %) war „voll und ganz“ der Überzeugung, von der EU profitiert zu haben.
- Somit gaben die Mitglieder der Elite mehr als zweimal so häufig als die Öffentlichkeit an, dass sie profitiert hätten, und mehr als viermal so oft, dass sie davon voll und ganz überzeugt waren.
- Jene, die am ehesten das Gefühl haben, von der EU zu profitieren, sind tendenziell männlich, 18 bis 29 Jahre alt oder älter als 60, haben einen Hochschulabschluss, leben in der Stadt und verfügen über ein höheres Einkommen.
- Umgekehrt sind jene, die am wenigsten glauben, von der EU profitiert zu haben, mittleren Alters (45 bis 59), haben ein geringeres Bildungsniveau, leben in ländlichen Gebieten oder Kleinstädten und verfügen eher über ein durchschnittliches als ein hohes oder niedriges Einkommen. (In Kapitel 3 wird die Relevanz dieser Faktoren im Detail untersucht.)

Dieses Muster setzt sich fort, wenn man sich die Begriffe und Formulierungen ansieht, die beide Gruppen mit der EU assoziieren. Beide verbinden die EU mit „Frieden“ und „kultureller Vielfalt“, aber auch sehr stark mit „Bürokratie“. Zu den häufigsten Assoziationen in der Elite-Gruppe zählen jedoch auch „Freiheit“, „Demokratie“ und eine „bessere Lebensqualität“, während die Bevölkerung den „Verlust nationaler Macht“ und „Wirtschaftskrise“ hervorhebt.

Abbildung 5: „Menschen wie Sie haben von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert“



Emotionen und Empfindungen kommt in der Politik erhebliche Bedeutung zu. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, wie diese die Art und Weise, wie Menschen über das politische Leben denken, beeinflussen.¹³ Im Vorfeld des EU-Referendums 2016 zum Beispiel war das vorherrschende Gefühl britischer Wähler gegenüber der EU „Unbehagen“. Dieses negative Gefühl war deutlich markanter als positive Begriffe wie „Hoffnung“, „Optimismus“ und „Zuversicht“.¹⁴ Im Zuge der Umfrage wurden Elite und Öffentlichkeit daher gebeten, ein Wort aus einer Liste auszuwählen, das ihre Gefühle gegenüber der EU am besten beschreibt. In der Elite-Gruppe waren die beliebtesten Antworten in absteigender Reihenfolge „Zuversicht“, „positive Stimmung“ und „Unbehagen“. Am wenigsten Zustimmung fanden „Abscheu“, „Gleichgültigkeit“ und „Glück“. In der Bevölkerung waren die beliebtesten Begriffe in absteigender Reihenfolge „Angst“, „Unbehagen“ und „Pessimismus“. Am unbeliebtesten waren „Glück“, „Stolz“ und „Gefühl der Einbezogenheit“.

EU-Integration und zukünftige Erweiterung

In den frühen Jahren der Eurokrise ging man davon aus, dass institutionelle politische Reformen ebenso wichtig wären wie wirtschaftliche. 2015 war dies nach wie vor die Vision des Berichts der fünf Präsidenten, der einen progressiven Integrationsprozess in Aussicht stellte – von einer vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer Finanzunion, einer Fiskalunion und schließlich einer politischen Union.¹⁵ Aber ebenso wie sich die Krise entspannt hat, so hat auch die Diskussion über eine politische Union nachgelassen, vor allem deshalb, weil viele der notwendigen politischen Veränderungen zur Stärkung der Einheitswährung innerhalb des aktuellen EU-Rahmens möglich waren. Das bedeutet jedoch auch, dass man sich den Herausforderungen an die Legitimation der EU, die durch die Krise hervorgerufen und durch die Vertiefung der fiskalpolitischen Koordinierung verstärkt wurden, nicht gestellt hat.

¹³ Wagner, M. (2014), „How do emotions shape the choices of voters? Evidence from the 2010 UK general election“, LSE Europ Blog, 23. Dezember 2014, <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2014/12/23/how-do-emotions-shape-the-choices-of-voters-evidence-from-the-2010-uk-general-election> (abgerufen am 10. Mai 2017).

¹⁴ Clarke, H. D., Goodwin, M. J. and Whiteley P. (2017), *Brexit: Why Britain Voted to Leave the European Union*, Cambridge: Cambridge University Press.

¹⁵ Europäische Kommission (2015), *Der Bericht der fünf Präsidenten: Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden*, 22. Juni 2015, https://ec.europa.eu/commission/publications/five-presidents-report-completing-europes-economic-and-monetary-union_en (abgerufen am 10. Mai 2017).

Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang? Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU denken – eine repräsentative Umfrage

In der Umfrage wurden die Meinungen zur Gewaltenteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten untersucht. Die Teilnehmer wurden gefragt, ob die EU mehr Befugnisse haben sollte, ob sie den Mitgliedstaaten Befugnisse zurückgeben sollte oder ob das derzeitige Kräfteverhältnis in Ordnung ist. (Siehe Abbildung 6.)

- Mitglieder der Elite waren sich über das richtige Gleichgewicht uneinig. Eine knappe relative Mehrheit von 37 % meinte, die EU sollte mehr Befugnisse erhalten, während 31 % der Ansicht waren, dass man den Mitgliedstaaten Befugnisse zurückgeben sollte. Die unbeliebteste Option war der Status quo (28 %).
- Mitglieder der Öffentlichkeit waren bedeutend häufiger dafür, den Mitgliedstaaten manche Befugnisse zurückzugeben – 48 % unterstützten dies, doppelt so viele als jene, die der EU mehr Befugnisse einräumen würden (24 %), während 28 % den Status quo bevorzugten.
- Die Befürworter einer Rückgabe der Befugnisse an die Mitgliedsländer waren tendenziell älter (45 und älter), verfügten nur über eine Sekundarbildung und kamen etwas häufiger aus ländlichen Gegenden oder Kleinstädten, während es bezogen auf das Einkommen keine großen Unterschiede gab.

Abbildung 6: Sollte die EU mehr Befugnisse bekommen?

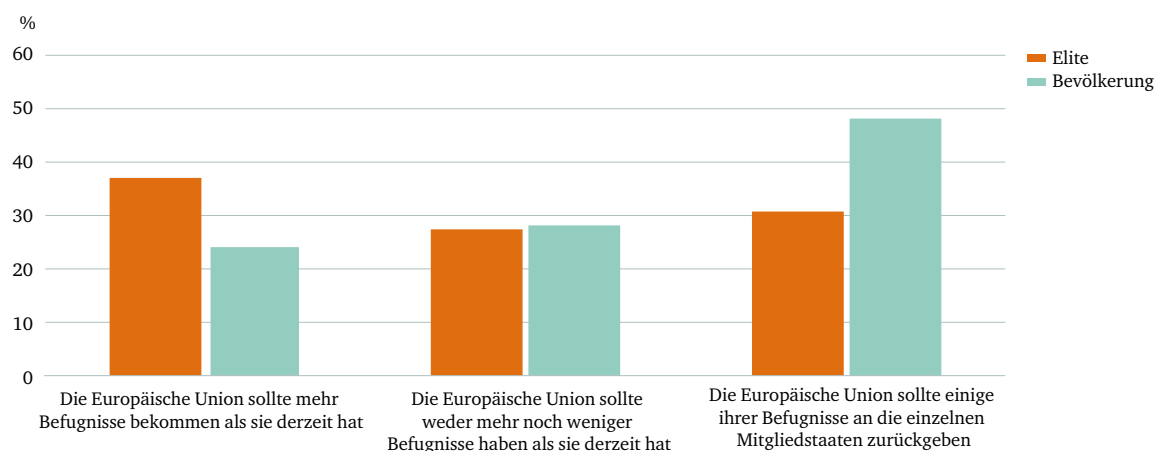
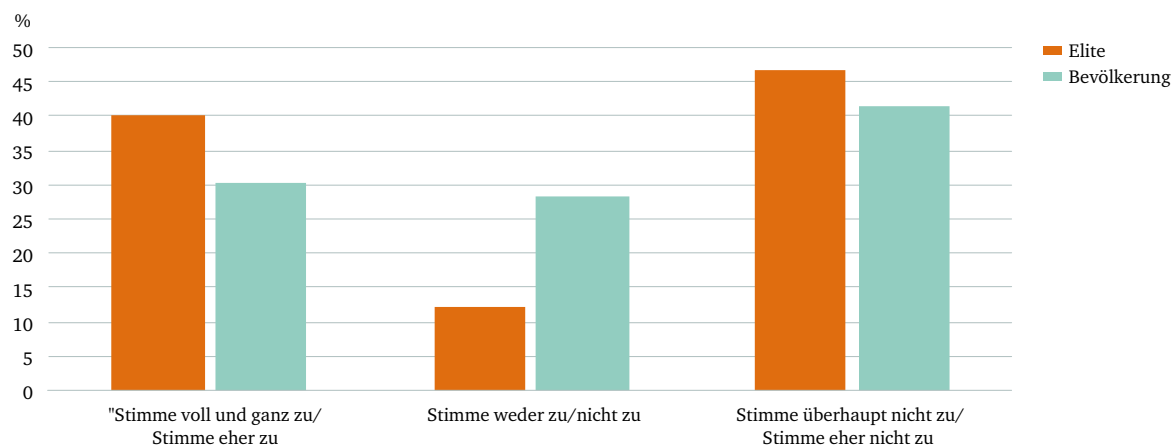


Abbildung 7: Eine immer engere Union? „Die EU sollte die Vereinigte Staaten von Europa mit einer Zentralregierung werden“



Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang? Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU denken – eine repräsentative Umfrage

Die EU-Erweiterung in Richtung weiter Teile des ehemals kommunistischen Zentral- und Osteuropas zählt für viele Wissenschaftler zu den größten Errungenschaften der Union, da der Beitrittsprozess in den neuen Mitgliedstaaten den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft garantiert. Gleichzeitig hat die Erweiterung das Wesen der Union verändert: Sie nahm Einfluss auf ihr politisches und wirtschaftliches Gleichgewicht und führte zu vermehrter Migration innerhalb der EU. Im Rahmen der Umfrage wurden Meinungen zur bisherigen Erweiterung und zur Aussicht auf weitere Beitrittsländer untersucht.

- 47 % der Bevölkerung meinten, dass die Erweiterung „zu weit gegangen“ sei. Dem widersprachen nur 22 %. Eine relative Mehrheit der Elite (44 %) stimmte dem nicht zu, 41 % teilten jedoch diese kritische Sichtweise.
- 58 % der Elite befürworteten jedoch den Beitritt neuer Länder in die EU. Die Öffentlichkeit ist gespalten: 34 % sind dafür, 36 % dagegen und 31 % neutral.
- 62 % der Bevölkerung lehnten eine Erweiterung in Richtung Türkei ab, dem größten Beitrittskandidaten, dessen Beitritt jedoch nur geringe Erfolgchancen hat. Bei den Mitgliedern der Elite herrschte weniger Einigkeit: 49 % stimmten gegen und 42 % für einen Beitritt der Türkei, sofern das Land die notwendigen Reformen umsetzt.

Tabelle 2: Haltungen der Eliten und Bevölkerung gegenüber der EU (% der Befragten)

	Elite	Bevölkerung
<i>Souveränität</i>		
Die EU sollte den Mitgliedstaaten einige Befugnisse zurückgeben	31	48
Die EU sollte weder mehr noch weniger Befugnisse haben, als sie derzeit hat	28	28
Die EU sollte mehr Befugnisse bekommen	37	24
<i>Föderalismus</i>		
Für die Vereinigten Staaten von Europa mit einer Zentralregierung	40	30
Neutral	12	28
Gegen die Vereinigten Staaten von Europa mit einer Zentralregierung	47	41
<i>EU-Erweiterung</i>		
Ist zu weit gegangen	41	47
Ist nicht zu weit gegangen	44	22
Neutral – keine Meinung dazu	14	30
<i>Brexit-Ansteckungsgefahr</i>		
Weitere EU-Staaten werden innerhalb der nächsten 10 Jahre austreten	43	55
Neutral	14	28
Es werden keine weiteren EU-Staaten innerhalb der nächsten 10 Jahre austreten	40	18
<i>Rolle Deutschlands in der EU</i>		
Deutschland spielt eine positive Rolle	62	48
Deutschland spielt eine negative Rolle	23	28
Neutral – weder positiv noch negativ	13	24
<i>EU-Beitritt der Türkei</i>		
Befürworte einen Beitritt der Türkei	6	5
Befürworte einen Beitritt der Türkei, aber nur, wenn das Land Reformen umsetzt	42	33
Bin gegen einen Beitritt der Türkei	49	62

Box 1: Wie könnte der Brexit die Richtung der EU ändern?

Das Ergebnis des britischen Referendums über die EU-Mitgliedschaft im Jahr 2016 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der Europäischen Union. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung hat sich ein Mitgliedstaat für einen Austritt entschieden. Die Abstimmung verdeutlicht auch die zentrale Bedeutung der öffentlichen Meinung zur Richtung der EU. Das ist kein neues Phänomen: Die europäische Integration wurde durch Volksabstimmungen zum Vertrag von Maastricht 1992 in Dänemark, zum Euro 2003 in Schweden, zum Verfassungsvertrag 2005 in Frankreich und in den Niederlanden und zum Vertrag von Lissabon 2008 in Irland gebremst. Vergangenes Jahr stimmten die Niederländer gegen das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine. Auch nationale Wahlen sind zu einem Lackmустest für die Union geworden, was durch die Zerrüttung des öffentlichen Konsenses zur EU in manchen Ländern, die schwindende Unterstützung traditioneller Mainstream-Parteien und den Aufschwung radikaler euroskeptischer linker und rechter Parteien verstärkt wird. Ein Sinnbild dafür sind die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich, wo die zwei Spitzenkandidaten völlig unterschiedliche Visionen der EU vertraten.

Der Brexit hat bereits eine grundlegende Diskussion über die Zukunft der EU angestoßen. Spitzenpolitiker haben ihr Bekenntnis zur EU bislang einhellig bekräftigt und eine Zukunftsvision zu skizzieren begonnen, die auch das Potenzial für eine verstärkte Integration in Bereichen wie der Außen- und Sicherheitspolitik umfasst. Der Brexit wird jedoch auch wesentliche Folgen für das Kräfteverhältnis innerhalb der EU und die Richtung der Integration haben. Auch im Europäischen Rat wird es eine Verschiebung des Stimmgewichts geben, so dass die Gruppe jener Länder, die sich historisch gesehen mehr am Liberalismus des freien Marktes orientieren und staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft gegenüber skeptisch sind, keine Sperrminorität im Rat mehr haben werden, wenn Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden (sogar mit Deutschland).¹⁶ Während der Brexit Deutschlands Position als einflussreichste Kraft in der EU stärken wird, wird er wahrscheinlich auch den Einfluss von Ländern erhöhen, die eher dem Protektionismus zugeneigt sind. Im Europäischen Parlament wird das Ausscheiden der 71 britischen Mitglieder (von 751) das Gleichgewicht unter den Parlamentsfraktionen beeinflussen und möglicherweise die radikal-rechte Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie stärken sowie die Mitte-Links-Gruppe der Sozialisten und Demokraten schwächen.¹⁷

Vor dem Referendum gab es im Wesentlichen zwei Theorien über die mögliche Auswirkung des Brexits auf die Richtung der EU. Auf der einen Seite erwartete man, dass die britische Abstimmung über den Austritt den Anti-EU-Bewegungen in anderen Ländern Auftrieb geben und im schlimmsten Fall zu einem weitreichenden Prozess der Zersplitterung innerhalb der Union führen könnte. Die alternative Sichtweise war, dass der Brexit-Schock, die notwendige Verhinderung einer Zersplitterung und der Wegfall des historisch euroskeptischen Vereinigten Königreichs als Hürde den Weg hin zu einer verstärkten Integration ebnen könnte. Es ist noch zu früh, um sagen zu können, welche dieser Alternativen die Oberhand gewinnen wird.

Ein wichtiger, bislang jedoch wenig erforschter Bereich ist die Auswirkung des Austritts Großbritanniens auf das breite öffentliche Meinungsspektrum innerhalb der EU. Diesbezüglich werfen die Ergebnisse der Umfrage etwas Licht auf die Möglichkeit eines Fragmentierungs- und Integrationseffekts.

Fragmentierungseffekt?

Der Brexit wurde von Anti-EU-Kräften wie Frankreichs Front National und Italiens Lega Nord auf dem ganzen Kontinent begrüßt. Seitdem zeigt sich jedoch ein gemischtes Bild, was die Auswirkungen auf Wahlen in anderen Ländern betrifft. In den Niederlanden hat die europafeindliche Partei für die Freiheit bei der Parlamentswahl Stimmen und Sitze dazugewonnen. Es gelang ihr jedoch nicht, stärkste Partei zu werden. Bei der österreichischen Präsidentschaftswahl konnte sich der Pro-EU-Kandidat Alexander Van der Bellen mit knapper Mehrheit gegen den euroskeptischen Norbert Hofer der Freiheitlichen Partei Österreichs durchsetzen.

¹⁶ Niblett, R. (2016), *Britain, the EU and the Sovereignty Myth*, Research Paper, London: Royal Institute of International Affairs, S. 19, <https://www.chathamhouse.org/publication/britain-eu-and-sovereignty-myth> (abgerufen am 10. Mai 2016).

¹⁷ Chrysogelos, A. (2016), „How Brexit will affect the balance of power in the European Parliament“, LSE Europ Blog, 29. September 2016, <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2016/06/29/brexit-balance-of-power-european-parliament> (abgerufen am 10. Mai 2017).

Und in Frankreich gewann der gemäßigte Emmanuel Macron mit einem pro-europäischen Programm mit 66 % die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass die Kandidatin des Front National, Marine Le Pen, ein bisher unerreichtes Ergebnis von einem Drittel der Stimmen erreichte.

Im Rahmen der Umfrage wurde untersucht, inwieweit ein Brexit-Ansteckungseffekt zu erwarten ist. Die Teilnehmer wurden gefragt, ob der Austritt eines Mitgliedstaates dazu führen könnte, dass andere Länder diesem Beispiel in Zukunft folgen könnten. Die Frage war, inwieweit der Aussage zugestimmt wurde, dass „sich innerhalb der nächsten 10 Jahre weitere Mitgliedstaaten dazu entschließen, aus der Europäischen Union auszutreten“.

Eine Mehrheit der Öffentlichkeit (55 %) aus den neun Ländern stimmte dieser Aussage zu, wobei die Anzahl derer, die dem voll und ganz zustimmten (15 %), beinahe gleich hoch war wie die jener, die nicht zustimmten (18 %). Bei der Elite war das Verhältnis ausgewogener, auch wenn immer noch eine relative Mehrheit (43 %) eine weitere Verkleinerung der EU erwartete, gegenüber 40 %, die dies verneinten. Diese Frage befasste sich nicht damit, ob eine weitere Zersplitterung eine positive oder negative Entwicklung sei, geschweige denn, ob die Befragten den Austritt ihres Landes aus der Union befürworten würden. Sie vermittelt jedoch das Gefühl der Unsicherheit und des Pessimismus, das viele Europäer in Bezug auf die Zukunft der EU empfinden. Dem gegenüber steht die Tatsache, dass es in keinem EU-Mitgliedstaat (außer Großbritannien) eine Regierungspartei gibt, die einen Austritt aus der EU befürwortet. In den meisten Ländern ist dies weiterhin eine radikale Randposition.

Integrationseffekt

In der Zeit nach dem britischen Referendum gab es Anzeichen dafür, dass die öffentliche Unterstützung für die EU in anderen Mitgliedstaaten leicht zugenommen hatte.¹⁸ Zu berücksichtigen ist auch, wie sich das Spektrum der öffentlichen Meinung in der EU ändern könnte, wenn Großbritannien kein Mitglied mehr ist. Ein möglicher Integrationseffekt lässt sich mithilfe eines Vergleichs der Durchschnittswerte des Umfrageergebnisses mit und ohne britische Daten untersuchen.¹⁹ Daraus geht hervor, dass der Austritt Großbritanniens, abgesehen von den symbolischen und institutionellen Auswirkungen, zu einem entscheidenden Perspektivenwechsel innerhalb der Union führen wird.

Wie in Tabelle 3 dargestellt, weist das Umfrageergebnis ohne Berücksichtigung der Daten aus dem Vereinigten Königreich deutlich und konsequent stärker auf Integration hin. Die Unterschiede sind zwar nicht dramatisch, doch eine Kompetenzerweiterung der EU und eine Verschiebung in Richtung Föderalismus findet bei Befragten aus den Gruppen Elite und Öffentlichkeit geringfügig mehr Zustimmung, während eine weitere Zersplitterung im Allgemeinen weniger stark erwartet wird.

Lässt man die Daten aus dem Vereinigten Königreich außer Acht, so ist die Netto-Unterstützung in Bezug auf eine Kompetenzerweiterung der EU in der Elitegruppe (Anstieg von +1 bis +6 Prozentpunkten, im Vergleich zur Befürwortung einer Kompetenzabgabe) signifikanter. Bezieht man Großbritannien jedoch mit ein, so zeigt sich bei den Mitgliedern der Elite gegenüber den Vereinigten Staaten von Europa mehr Ablehnung – um 14 Prozentpunkte – als Unterstützung. Ohne Großbritannien halbiert sich diese bereinigte Präferenz auf +7 Punkte, während eine relative Mehrheit der Öffentlichkeit weiterhin dafür ist, den Mitgliedstaaten mehr Befugnisse einzuräumen und ein föderales Europa ablehnt.

¹⁸ Hoffman, I. und de Vries, C. (2016), *Brexit has raised support for the European Union*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/flashlight-europe-022016-brexit-has-raised-support-for-the-european-union> (abgerufen am 10. Mai 2017).

¹⁹ Alle Daten sind nach Bevölkerung gewichtet.

Abbildung 8: Brexit-Ansteckungsgefahr? „Innerhalb der nächsten 10 Jahre werden sich andere Mitgliedsstaaten für das Austreten aus der EU entscheiden“

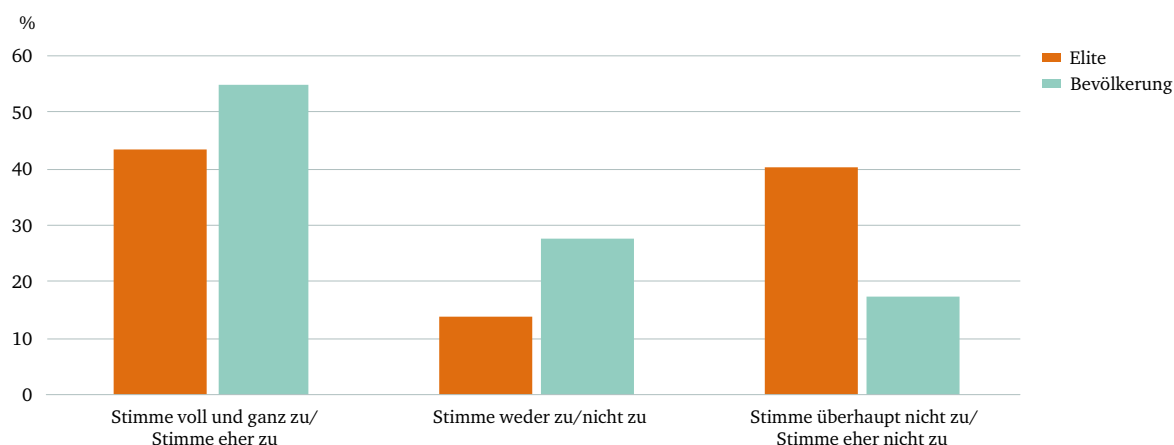


Tabelle 3: Verschiebung im Meinungsspektrum: Einstellungen gegenüber der EU mit und ohne GB (% der Befragten)

	Elite inkl. GB	Elite exkl. GB	Bevölkerung inkl. GB	Bevölkerung exkl. GB
Souveränität				
EU sollte einige ihrer Befugnisse an die Mitgliedstaaten zurückgeben	33	31	50	48
EU sollte weder mehr noch weniger Befugnisse haben, als sie derzeit hat	28	28	28	28
EU sollte mehr Befugnisse bekommen	34	37	22	24
Föderalismus				
Für die Vereinigten Staaten von Europa	37	40	28	30
Neutral	11	12	28	28
Gegen die Vereinigten Staaten von Europa	51	47	44	41

Zuwanderung und Identität

Bedenken in Zusammenhang mit Zuwanderung und Identität sind für die europäische Politik von zentraler Bedeutung und gelten als *der* treibende Faktor für die öffentliche Unterstützung der populistischen Rechten. Es sind dies jedoch auch Themen, zu denen die Meinungen von Elite und Öffentlichkeit sehr stark auseinandergehen. Beiden Gruppen wurden Fragen gestellt, die den Zweck hatten, ihre Einstellungen gegenüber den wahrgenommenen Auswirkungen der Zuwanderung, der Flüchtlingskrise und dem Umgang mit diesen beiden Themenkreisen seit 2015 zu untersuchen. Angesprochen wurde auch die spezielle Frage des Islam in europäischen Gesellschaften, die von populistischen Nationalisten immer wieder aufgegriffen wird und angesichts von Terroranschlägen durch islamistische Extremisten Besorgnis hervorruft. Wie in Tabelle 4 dargestellt, gibt es zwischen Elite und Öffentlichkeit markante Unterschiede darüber, was als Identitätsachse bezeichnet werden kann. Daraus ist auch eindeutig zu ersehen, dass Ängste in der Öffentlichkeit über ethnische und kulturelle Veränderungen und ihre wahrgenommenen Auswirkungen weit verbreitet sind.

Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang? Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU denken – eine repräsentative Umfrage

- Eine klare Mehrheit der Elite war der Meinung, dass die Zuwanderung gut für ihr Land sei und das kulturelle Leben bereichere; dass sich die Kriminalität aufgrund der Zuwanderer verschlimmert hätte, wurde hingegen nicht bejaht.
- Eine relative Mehrheit der Elite verneinte auch die Andeutung, dass Zuwanderer den Sozialstaat belasten würden, und die meisten Befragten aus dieser Gruppe stimmten der Idee, dass Zuwanderer der einheimischen Bevölkerung Arbeitsplätze wegnehmen würden, überhaupt nicht zu.
- In krassem Gegensatz dazu meinte eine relative Mehrheit der Öffentlichkeit, dass die Zuwanderung eine nachteilige Auswirkung auf ihr Land habe und lehnte die Ansicht ab, dass Zuwanderung das kulturelle Leben bereichere.
- Eine Mehrheit der Öffentlichkeit meinte, dass sich die Kriminalität aufgrund der Zuwanderung verschlimmert habe und den Sozialstaat belaste.
- Eine relative Mehrheit der Bevölkerung lehnte jedoch die Ansicht ab, dass Zuwanderer heimischen Bürgern Arbeitsplätze wegnehmen würden.

Tabelle 4: Vergleich der Einstellungen von Elite und Bevölkerung gegenüber Zuwanderung (% der Befragten)

Wahrgenommene Auswirkungen der Zuwanderung auf...	Elite	Bevölkerung
<i>... das Land</i>		
Ist gut für das Land	57	25
Neutral – stimme weder zu noch nicht zu	16	31
Ist schlecht für das Land	24	44
<i>... das kulturelle Leben</i>		
Zuwanderer bereichern das kulturelle Leben	58	32
Neutral – stimme weder zu noch nicht zu	15	29
Zuwanderer bereichern das kulturelle Leben nicht	26	38
<i>... die Kriminalität</i>		
Die Kriminalität hat sich verschlimmert	30	51
Neutral	15	25
Die Kriminalität hat sich nicht verschlimmert	54	24
<i>... das Sozialwesen</i>		
Ist eine Belastung für den Sozialstaat	35	55
Neutral – stimme weder zu noch nicht zu	14	24
Ist keine Belastung für den Sozialstaat	49	21

Die Flüchtlingskrise hat Länder an den EU-Außengrenzen wie Griechenland und Italien vor besondere Herausforderungen gestellt und zu einem sehr uneinheitlichen Grad an Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten geführt. Während Deutschland und Schweden eine große Anzahl an Flüchtlingen aufgenommen haben, wehren sich andere Länder vehement dagegen. Im Rahmen der Umfrage wurde die Befürwortung der Flüchtlingsquoten in der gesamten EU untersucht sowie die Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen von Zuwanderern verglichen.

Die Hälfte der Öffentlichkeit (49 %) befürwortete ein Quotensystem, während 27 % der Ansicht waren, dass Mitgliedstaaten selbst entscheiden können sollten, wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen. 24 % meinten, sie sollten überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen müssen.

- Die Elite befürwortete Quoten mit überwältigender Mehrheit: 63 % stimmten zu und nur 10 % meinten, dass kein EU-Mitgliedstaat Flüchtlinge aufnehmen müsse.
- Nur 14 % der Elite hatten eine negative Einstellung gegenüber Flüchtlingen oder Asylsuchenden, im Vergleich zu 34 % der Öffentlichkeit.
- Mitglieder der Öffentlichkeit hatten am ehesten eine negative Einstellung gegenüber Wirtschaftsmigranten aus Nicht-EU-Ländern (43 %) und teilten diese Ansicht am wenigsten, wenn es um Zuwanderer aus Westeuropa geht (9 %).

Untersucht wurde außerdem die Einstellung zum Islam. Die Teilnehmer wurden mit einer Reihe von Aussagen über den Islam konfrontiert, die einige Vorschläge von radikalen rechten Parteien enthielten; Ziel war es, den Grad an latenter Unterstützung islamfeindlicher Geisteshaltungen zu erfassen.

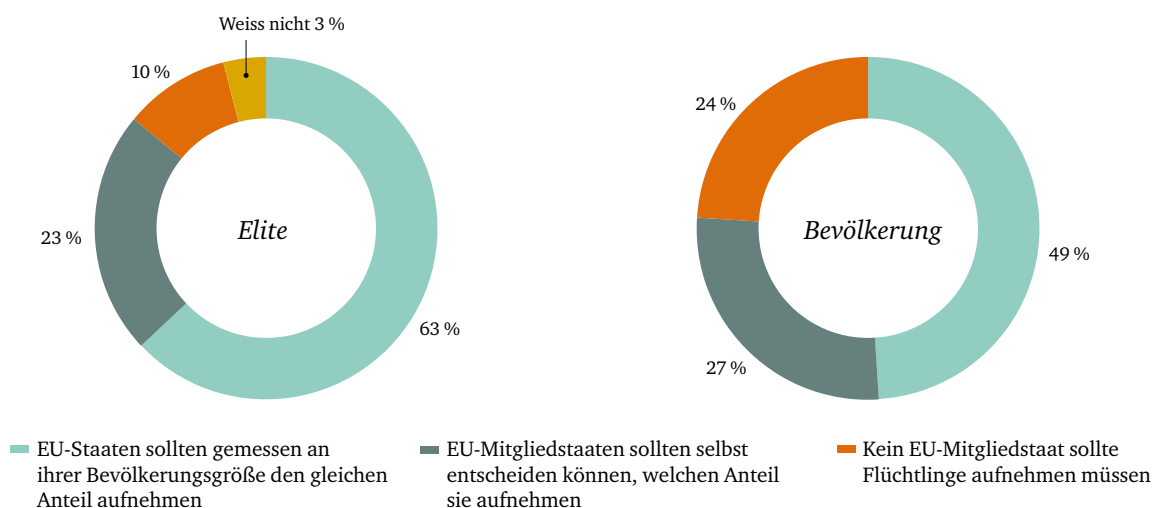
- Die Besorgnis über die Rolle des Islam in der Gesellschaft in Europa war signifikant und in der Befragungsgruppe Bevölkerung mehr verbreitet. Aber auch Mitglieder der Elite schienen diese Besorgnis bis zu einem gewissen Grad zu teilen. 61 % der Elite und 73 % der Bürger befürworteten das Verbot gesichtsverhüllender islamischer Kleidung an öffentlichen Orten.
- Beinahe ein Drittel der Elite (32 %) war dafür, dass man jede weitere Zuwanderung nach Europa aus überwiegend muslimischen Ländern stoppen sollte, verglichen mit etwas mehr als der Hälfte der Bevölkerung (56 %).
- Etwas mehr als ein Drittel der Elite (35 %) war der Ansicht, dass die europäische Lebensweise mit der islamischen unvereinbar sei; im Vergleich dazu vertrat etwas mehr als der Hälfte der Öffentlichkeit (55 %) diese Ansicht.

Diese Standpunkte verweisen auf eine latente öffentliche Sympathie für die Kernbotschaften der radikalen Rechten zu diesen Themen. Es herrschen jedoch große soziodemografische Unterschiede zwischen jenen, die solche Ansichten vertreten. Bürger über 60 und mit einem geringeren Bildungsniveau sind deutlich eher der Ansicht, dass die europäische Lebensweise mit der islamischen unvereinbar sei. Einige der Fragen wurden auch in erheblichem Maße von der Elitegruppe befürwortet. Eine mögliche Erklärung für solche Ansichten seitens der Elite ist die Angst vor der wahrgenommenen Gefährdung liberaler Werte durch den Islam – eine Sorge, die in Diskussionen über Maßnahmen zu einem teilweisen Verbot gesichtsverhüllender islamischer Kleidung in Frankreich und den Niederlanden offenkundig wurde. Auch die jüngsten islamistischen Terroranschläge und die Befürchtungen einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft sind mögliche Erklärungen hierfür.

Tabelle 5: Einstellungen gegenüber dem Islam und Muslimen (% der Befragten)

Wahrnehmungen von Islam und Muslimen	Elite	Bevölkerung
Islamische Kleidung, die das Gesicht verhüllt, sollte an öffentlichen Orten verboten werden	61	73
Neutral – stimme weder zu noch nicht zu	12	16
Islamische Kleidung, die das Gesicht verhüllt, sollte an öffentlichen Orten nicht verboten werden	26	11
Jede weitere Zuwanderung aus muslimischen Ländern sollte gestoppt werden	32	56
Neutral – stimme weder zu noch nicht zu	13	25
Jede weitere Zuwanderung aus muslimischen Ländern sollte nicht gestoppt werden	53	20
Die europäische Lebensweise ist mit der muslimischen unvereinbar	35	55
Neutral – stimme weder zu noch nicht zu	15	24
Die europäische Lebensweise ist mit der muslimischen nicht unvereinbar	50	21

Abbildung 9: Haltungen gegenüber einer Flüchtlingsquote



Werte und Einstellungen

Ein Vergleich zwischen Elite und Bürgern in Europa zeigt, dass es hinsichtlich einer generellen Einstellung und Werten, wie in Tabelle 6 dargestellt, grundlegende Unterschiede zwischen der Bevölkerung und der Elite gibt. Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen außerdem die Auffassung, dass Europas Spitzenpolitiker und Meinungsführer merklich liberaler sind. Sie sind deutlich eher für gleichgeschlechtliche Ehe und gegen die Todesstrafe – zwei Themen, die klassische Indikatoren dafür sind, auf welcher Seite des liberal-autoritären Spektrums die Menschen positioniert sind (Näheres dazu siehe Abschnitt 4).

Während die Ergebnisse der Umfrage die liberalen Werte der Elite bestätigen, weisen sie auch darauf hin, dass die Elite zuversichtlicher in die Zukunft blickt, wodurch sich die Kluft zu einer Öffentlichkeit vertieft, die nicht nur deutlich unsicherer ist, was die Zukunft angeht, sondern auch weniger liberal. Diese Kluft zeigt sich auch in anderen Auffassungen sozialer Mobilität.

50 % der Elite stimmten der Aussage nicht zu, dass „harte Arbeit grundsätzlich zu Erfolg führt – sondern eher eine Frage des Glücks und der Beziehungen“ sei, während nur 25 % der Bevölkerung dem nicht zustimmten.

- Eine Mehrheit der Bevölkerung (54 %) gab an, dass ihr Land vor 20 Jahren ein besserer Ort zum Leben war. 42 % der Elite waren der Meinung, dass es heute besser ist, während 32 % der Vergangenheit den Vorzug gaben (und 21 % keinen Unterschied sahen).
- 50 % der Elite stimmten der Aussage nicht zu, dass „harte Arbeit grundsätzlich zu Erfolg führt – sondern eher eine Frage des Glücks und der Beziehungen“ sei, während nur 25 % der Bevölkerung dem nicht zustimmten.

Tabelle 6: Vergleich der Werte und Einstellungen von Elite und Bevölkerung (Zustimmung in % der Befragten)

	Elite	Bevölkerung
Gleichgeschlechtliche Ehen sollten erlaubt sein	70	56
Jungen Menschen von heute mangelt es an Achtung für traditionelle Werte	36	63
Harte Arbeit führt nicht grundsätzlich zu Erfolg, das ist eher eine Frage des Glücks und der Beziehungen	35	49
Für einige Verbrechen ist die Todesstrafe die angemessenste Strafe	18	43
Die Lebensqualität im Land war vor 20 Jahren besser	32	54
Die Lebensqualität des Landes ist heute besser	42	27

Diese Fragen mögen eine untergeordnete Rolle spielen, verdeutlichen jedoch, wie sehr aktuelle Diskussionen über die Zukunft Europas von einem tieferen Konflikt über Werte beherrscht sind. Das nächste Kapitel untersucht die Kluft innerhalb der europäischen Bevölkerung und zeigt, wie dadurch auch die Wähler – und damit die Politik in Europa – in zwei sehr unterschiedliche Richtungen gezogen werden.

4. Die Kluft in der Bevölkerung

Dieser Abschnitt untersucht eine zweite Kluft: zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung, basierend auf Werten und Anschauungen, und ihre Bedeutung dafür, wie sich bestimmte Grundhaltungen gegenüber der EU herausbilden.

Seit den 1990er-Jahren ist durch die rasche Ausweitung der EU-Kompetenzen, den Anstieg der Zuwanderung, die Freizügigkeit der EU-Bürger und den Aufschwung des internationalen Handels und der wirtschaftlichen Globalisierung eine Reihe von Herausforderungen an die Identität der Menschen in den Vordergrund gerückt. Während diese raschen Veränderungen von manchen generell begrüßt werden, zeigen sich andere darüber zutiefst besorgt und sehen darin eine Bedrohung für Zugehörigkeit und Gemeinschaft.²⁰

Infolgedessen ist in der Gesellschaft eine neue Kluft zwischen eher liberalen Werten auf der einen und eher autoritären Werten auf der anderen Seite aufgebrochen, die zunehmend als wichtiger Parameter herangezogen wird, um die Denkweise der verschiedenen Wählergruppen zu verstehen. In diesem Zusammenhang ist Autoritarismus nicht als ein Regierungssystem zu verstehen, sondern vielmehr als eine Perspektive und Präferenz unter Wählern, die Ordnung und Obrigkeitshörigkeit für gut befinden und keine Veränderungen wollen. In der breiteren öffentlichen Debatte spricht man von einem Aufeinanderprallen von „Kosmopoliten“ und „Nativisten“, beziehungsweise von vermeintlichen „Gewinnern“ und „Verlierern“ der Globalisierung, oder auch von konkurrierenden Visionen von „offenen“ und „geschlossenen“ Gesellschaften.²¹ Diese Kluft hat weniger mit den traditionellen Fragen der wirtschaftlichen Umverteilung und Klasseninteressen zu tun, die die europäische Politik in den vergangenen Jahrzehnten geprägt haben. Es geht vielmehr um die Unterschiede zwischen jenen, die über die notwendigen Qualifikationen, Kompetenzen und Anschauungen verfügen, um in einem wirtschaftlich und sozial liberaleren Umfeld Erfolg zu haben, und jenen, die nicht zu dieser Gruppe gehören. Diese beiden Gruppen haben eine völlig unterschiedliche Meinung, was die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels und die mögliche Verteilung öffentlicher Ressourcen anbelangt.²²

Um die Größe und das Wesen dieser Kluft festzumachen, wurden im Rahmen der Umfrage Haltungen gegenüber der Todesstrafe herangezogen, um die Teilnehmer innerhalb des liberal-autoritären Spektrums einzuordnen. Forschungen weisen auf ein klares vorhersagbares Verhältnis zwischen einer autoritären Haltung und der Befürwortung der Todesstrafe hin.²³ Insgesamt fallen beinahe 45 % der Befragten unter eine der Gruppen an den beiden Enden des Spektrums: 23 % sprachen sich entschieden dagegen aus (in diesem Bericht als „liberal“ bezeichnet), während 21,5 % die Todesstrafe nachdrücklich befürworteten (als „autoritär“ bezeichnet). Eine autoritäre Einstellung ist bei weitem keine Randerscheinung und scheint in Europa recht verbreitet zu sein.

²⁰ Zahlreiche Forschungsarbeiten haben im Laufe der vergangenen zehn Jahre aufgezeigt, wie sich die öffentliche Skepsis gegenüber der EU und der Integration verbreitet hat und mit anderen Themen verflochten ist, im Besonderen die Angst vor Zuwanderung und empfundene Bedrohungen für die Nation durch zunehmende Diversität. Ein frühes maßgebendes Beispiel findet sich bei McLaren, L. M. (2006), *Identity, Interests and Attitudes to European Integration*, London: Palgrave Macmillan.

²¹ Kriesi, H., Grande, E., Lachat, R., Dolezal, M., Bornschie, S. and Frey, T. (2006), 'Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared', *European Journal of Political Research*, 45(6): S. 921–56, doi: 10.1111/j.1475-6765.2006.00644.x (abgerufen am 10. Mai 2017); *The Economist*, (2016) 'The new political divide', 30. Juli 2016.

²² ebd.

²³ Siehe etwa Stack, S., „Authoritarianism and Support for the Death Penalty: A Multivariate Analysis“, *Sociological Focus*, Vol. 36, 2003 – Issue 4, <http://dx.doi.org/10.1080/00380237.2003.10571228>.

Demografisch gesehen sind jene, die einen eher autoritären Standpunkt vertreten:

- Eher Männer mittleren Alters mit geringem Bildungsniveau und erwerbstätig.
- Leben etwas häufiger in ländlichen Gegenden und fern von Großstädten, haben keine oder nur wenige Freunde aus verschiedenen Umfeldern und sprechen nur eine Sprache.

Im Gegensatz dazu sind jene, die einen liberaleren Standpunkt vertreten:

- Eher weiblich, älter, haben einen Hochschulabschluss, leben in Kleinstädten und sind im Ruhestand.
- Haben Freunde aus verschiedenen Umfeldern, unterstützen Zentrums- oder Linksparteien und sprechen zwei oder mehrere Sprachen.

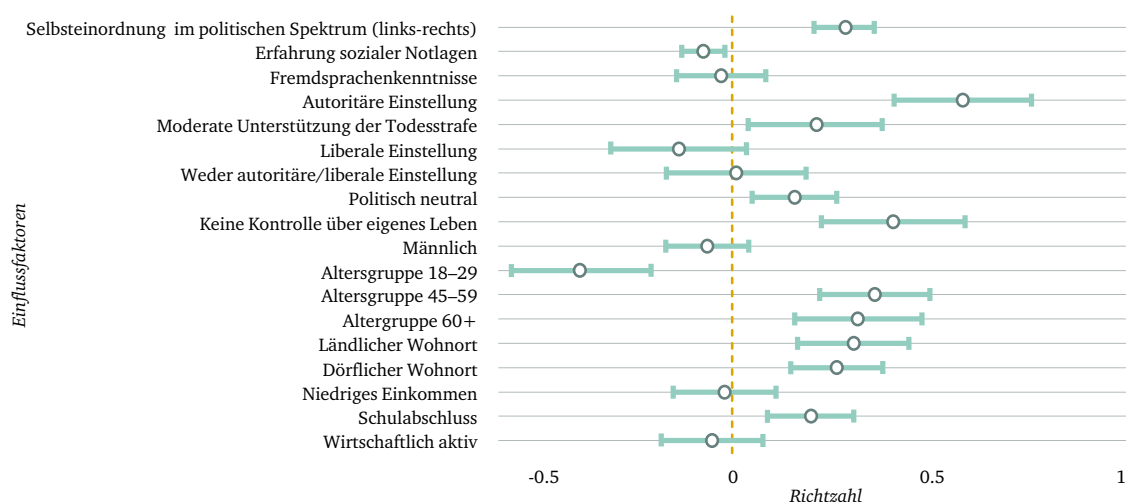
Es gibt jedoch keine nennenswerten Unterschiede, was das Einkommen der beiden Gruppen betrifft – ein wichtiger Punkt, auf den in diesem Bericht noch eingegangen wird.

Aus der Umfrage geht hervor, dass die unterschiedlichen Meinungen zu Werten in der Öffentlichkeit ein wichtiger Einflussfaktor für Haltungen gegenüber der europäischen Integration sind. Abbildung 10 zeigt die wichtigen Einflussfaktoren dafür, ob eine Person der Ansicht ist, dass die EU einige ihrer Befugnisse an die Mitgliedstaaten zurückgeben soll. Diese Daten stammen aus einer Regressionsanalyse (siehe Box 2).

Dabei sind eine Reihe von Faktoren ausschlaggebend, etwa ob Menschen das Gefühl haben, keine Kontrolle über ihr Leben zu haben oder „sich alleingelassen“ fühlen, sowie Alter, Bildung und geografischer Lebensraum. Keiner dieser ist jedoch so aussagekräftig wie eine autoritäre Haltung.

Unter Berücksichtigung von anderen Variablen erhöht eine autoritäre Wertehaltung die Wahrscheinlichkeit, dass jemand den Mitgliedstaaten wieder mehr Befugnisse eingeräumt sehen möchte, beträchtlich. Ein geringeres Bildungsniveau ist zwar ein ebenso wichtiger Faktor, aber relativ betrachtet nicht so wichtig wie eine autoritäre Wertehaltung. Im Gegensatz dazu hat ein geringes Einkommen fast keine Auswirkung.

Abbildung 10: Schlüsselfaktoren der Anti-EU-Stimmung: Rückführung von Kompetenzen an Mitgliedsstaaten



Box 2: Der Einfluss von Werten auf eine euroskeptische Haltung

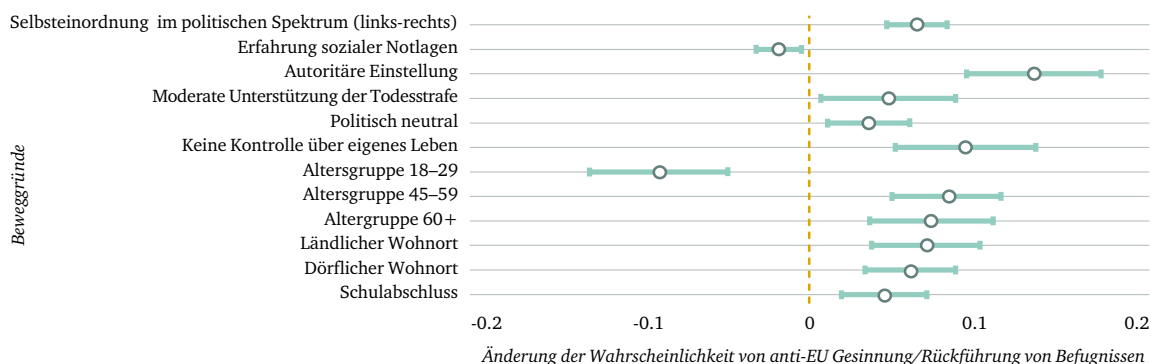
Mithilfe der Regressionsanalyse ist es möglich, die wichtigsten Einflussfaktoren für eine europafeindliche Haltung zu untersuchen. Dieses statistische Modell berücksichtigt alle üblichen sozialen und demografischen Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, ob die betreffenden Personen erwerbstätig sind und in welchem Umfeld (Kleinstadt, Großstadt oder ländlicher Raum) sie leben. Gegenstand der Untersuchung sind jedoch auch die oben beschriebenen Auswirkungen der Kluft zwischen autoritären und liberalen Werten sowie Erfahrungen mit sozialen Notlagen, ob die betreffenden Personen zur kosmopolitischen Elite gehören und mehrere Sprachen sprechen, ob sie sich von der Gesellschaft im Stich gelassen fühlen, wie eng sie sich mit politischen Parteien verbunden fühlen und wo sie sich politisch sehen.

Wie in Abbildung 10 dargestellt, zeigt diese Analyse die wichtigen Prädiktoren dafür, ob jemand der Ansicht ist, dass die EU den einzelnen Mitgliedstaaten mehr Befugnisse zurückgeben sollte. Um die Auswertung zu erleichtern, sind die Ergebnisse in Form eines Koeffizientendiagramms dargestellt. In einem solchen Diagramm sind die mit einem Regressionsmodell ermittelten Koeffizienten der Variablen und horizontale Spitzen für Konfidenzintervalle markiert. Das Diagramm macht deutlich, dass sich autoritär denkende Personen, die sich mit rechter Politik identifizieren, die sich im Stich gelassen fühlen, die das Gefühl haben, keine Kontrolle über ihr Leben zu haben, und sich nicht mit politischen Parteien verbunden fühlen, deutlich eher dafür aussprechen, dass den einzelnen Mitgliedstaaten mehr Befugnisse übertragen werden. Einige andere Faktoren spielen ebenso eine Rolle. Jüngere Menschen sind deutlich weniger europaskeptisch, während Bürger mittleren Alters und ältere Bürger eher der Ansicht sind, dass Befugnisse zurückgegeben werden sollten. Das gilt auch für Bewohner von ländlichen Gegenden oder Kleinstädten. Entscheidend ist, dass es auch eine klare bildungsbedingte Kluft gibt – Menschen, die höchstens die Sekundarstufe abgeschlossen haben, sind deutlich eher der Meinung, dass ihrem Land Befugnisse zurückgegeben werden sollten, als jene, die über einen höheren Bildungsabschluss verfügen.

Um die Auswertung unserer Ergebnisse noch weiter zu erleichtern, bewerten wir auch einzelne Veränderungen der Wahrscheinlichkeit für jeden der Werte, die über die beobachteten Werte gemittelt werden – wie in Abbildung 11 dargestellt.²⁴ Die Ergebnisse zeigen, dass – nach Überprüfung aller anderen Faktoren – eine autoritäre Haltung heute tatsächlich der größte Einflussfaktor für eine EU-feindliche Gesinnung in Europa ist. Im Durchschnitt erhöht eine autoritäre Haltung die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person die Rückgabe von Befugnissen befürwortet, um 14 Prozentpunkte, im Vergleich zu jenen, die gemäßigt liberal sind, d.h. jenen, die die Todesstrafe zwar ablehnen, aber nicht vehement dagegen sind. Im Vergleich dazu sind es 5 Punkte im Fall derer, die sich moderat für die Todesstrafe aussprechen. Die Wahrscheinlichkeit erhöht sich um 10 Prozentpunkte bei jenen, die sich ausgeschlossen fühlen, während eine Positionierung auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu einem Anstieg der Wahrscheinlichkeit, dass eine Rückgabe der Befugnisse befürwortet wird, um 7 Prozentpunkte führt. Bei Personen unter 30 ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie eine ähnliche Meinung vertreten, um 9 Prozent geringer, während bei jeder zusätzlichen Person, die zwischen 45–59 Jahre oder über 60 Jahre alt ist, die Wahrscheinlichkeit, eine Rückgabe der EU-Befugnisse zu fordern, gegenüber 30–44-Jährigen um 7 Prozentpunkte steigt. Ein niedrigeres Bildungsniveau ist ein wichtiger Einflussfaktor, aber relativ gesehen nicht so wichtig wie eine autoritäre Haltung.

²⁴ Ein marginaler Effekt misst die Auswirkung auf den bedingten Erwartungswert y bei einer Veränderung eines der Regressoren. In linearen Modellen entspricht der marginale Effekt dem Steigungskoeffizienten, was bei nichtlinearen Modellen nicht der Fall ist. Daher wird der marginale Effekt auf unterschiedliche Weise berechnet. Für die Analyse der Daten dieser Umfrage werden die durchschnittlichen marginalen Effekte (average marginal effects, AMEs) verwendet. Um den AME zu berechnen, wird der marginale Effekt zunächst für jedes Individuum mit den beobachteten Kovariaten berechnet. Diese Werte werden dann über alle Personen gemittelt.

Abbildung 11: Was bewegt die Befürworter einer Rückführung von Befugnissen?
(Durchschnittliche marginale Effekte)



Wie in Tabelle 7 dargestellt, bildet und formt diese Kluft die Einstellung von Einzelpersonen gegenüber der EU. Sie hilft dabei zu erklären, warum Themen wie Zuwanderung, Integration und die Flüchtlingskrise in den Vordergrund politischer Diskussionen gerückt sind und das Wählerverhalten in ganz Europa beeinflussen.

- Während durchschnittlich 34 % der Bürger der Meinung sind, sie hätten von der EU-Mitgliedschaft profitiert, erhöht sich dieser Anteil auf 47 % bei Liberalen, macht aber nur 25 % in der Gruppe mit autoritärer Wertehaltung aus.
- Autoritär Denkende lehnen die Idee ab, dass die EU wichtige Erfolge verbuchen konnte – auf die Frage nach diesen Erfolgen war die häufigste Antwort „keine“. Befragte mit eher liberalen Standpunkten sehen hingegen die Friedenserhaltung auf dem Kontinent, die Freizügigkeit oder das Wegfallen der nationalen Grenzen als Errungenschaften.
- Die Gruppe der autoritär Denkenden sieht in der Massenzuwanderung und der Flüchtlingskrise das größte Versagen der EU, während Befragte mit liberalen Ansichten ausufernde Bürokratie als schweren Fehler nennen. Liberale sehen auch doppelt so häufig Sparmaßnahmen und einen Mangel an Demokratie innerhalb der EU als größte Fehler.
- Autoritär denkende Wähler lehnen die Idee, dass es gemeinsame europäische Werte gibt, viel eher ab als „Liberale“; zudem sind sie der Meinung, dass in den nächsten zehn Jahren weitere Staaten aus der EU austreten werden, und sie glauben nicht, dass sich Politiker darum kümmern, was Menschen „wie sie“ denken.
- Auf die Frage, wie sie in Bezug auf die EU empfinden, antworten autoritär denkende Bürger weitaus häufiger, dass sie Angst haben, sich unbehaglich fühlen, pessimistisch und wütend sind und Abscheu empfinden. „Liberale“ geben indes eher an, dass sie sich einbezogen fühlen, glücklich, zuversichtlich, stolz, positiv und optimistisch sind.
- In Bezug auf Identitätsfragen und Einstellungen gegenüber Vielfalt sind die Unterschiede besonders ausgeprägt. Autoritär Denkende glauben weitaus häufiger, dass Zuwanderung für ihr Land nicht gut sei, das kulturelle Leben nicht bereichere, die Kriminalität verschlimmere und den Sozialstaat belastet.
- Autoritär Denkende vertreten auch häufiger eine Reihe von negativen Ansichten über den Islam: dass die europäische Lebensweise mit der muslimischen unvereinbar sei, dass islamische Kleidung, die das Gesicht verhüllt, verboten werden und jegliche weitere Zuwanderung aus muslimischen Ländern gestoppt werden sollte. Über 70 % dieser Gruppe stimmen vielen dieser Fragen zu.

Tabelle 7: Vergleich zwischen liberaler und autoritärer Europa-Gesinnung
(% an Zustimmungen, sofern nicht anders vermerkt)

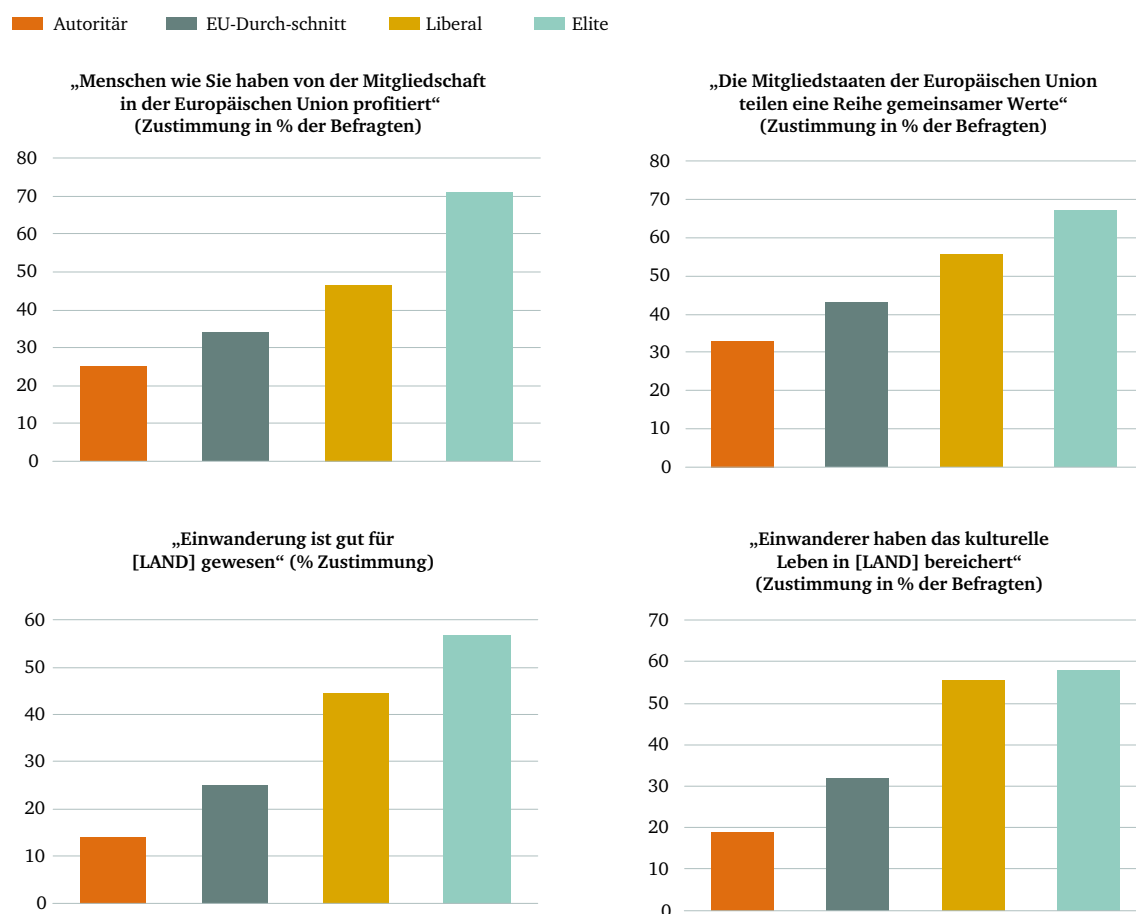
	Autoritär	Liberal	EU-Durchschnitt
Allgemeine Wahrnehmung der EU			
Menschen wie ich haben von der EU profitiert	25	47	34
Weitere Mitgliedstaaten werden innerhalb der nächsten 10 Jahre aus der EU austreten	69	51	55
Europäische Integration			
Die EU sollte Befugnisse an die Mitgliedstaaten zurückgeben	61	39	48
Gegen einen EU-Beitritt der Türkei	74	62	62
Europäische Solidarität			
Es gibt gemeinsame europäische Werte (stimme nicht zu)	31	19	21
Flüchtlingskrise			
Mitgliedstaaten sollten einen ihrer Bevölkerungsgröße entsprechenden Anteil aufnehmen	29	73	49
Mitgliedstaaten sollten den Anteil selbst bestimmen können	24	18	27
Kein Mitgliedstaat sollte Flüchtlinge aufnehmen müssen	47	9	24
Identität, Zuwanderung und Flüchtlinge			
Zuwanderung ist nicht gut für mein Land	69	25	44
Zuwanderer nehmen einheimischen Bürgern Arbeitsplätze weg	49	11	28
Zuwanderung ist keine Bereicherung für die Kultur in meinem Land	63	21	39
Zuwanderung hat die Kriminalität verschlimmert	74	31	51
Zuwanderung ist eine Belastung für den Sozialstaat	78	36	55
Die europäische Lebensweise ist mit der von Muslimen nicht vereinbar	75	38	55
Islamische Kleidung, die das Gesicht verhüllt, sollte verboten werden	86	68	73
Jede weitere Zuwanderung aus muslimischen Ländern sollte gestoppt werden	84	33	56
Demokratisches Engagement			
Die EU ist nicht demokratisch	39	22	25
Politiker kümmern sich darum, was Menschen wie ich denken (stimme nicht zu)	83	74	74

*Daten nach Bevölkerung gewichtet

Wie aus Abbildung 12 hervorgeht, ist die liberale Gruppe der Elite häufig näher als der autoritären Gruppe, auch wenn die Elite in vielen Bereichen noch immer deutlich kosmopolitischer und EU-freundlicher ist. Diese Grafiken offenbaren auch die Kluft zwischen autoritär gesinnten Wählern und den Eliten. Das erklärt zum Teil die anhaltende Anziehungskraft radikaler Rechtsparteien, von Frankreich und den Niederlanden über Schweden bis nach Ungarn, die ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik in eine autoritäre Sprache verpacken (zum Beispiel in der Härte gegenüber Verbrechen und der Stigmatisierung von Minderheiten) und mit populistischer Rhetorik über eine korrupte Elite, die gegen die Interessen des Volkes arbeitet, verbindet.

Die politische Kluft entlang des liberal-autoritären Spektrums zieht Europa in zwei gänzlich unterschiedliche Richtungen. Die Umfrageergebnisse unterstreichen, dass die politischen Herausforderungen, vor denen die EU steht – im Besonderen die Anziehungskraft populistischer, autoritärer Politiker und Parteien – voraussichtlich noch viele Jahre lang bestehen bleiben werden, sogar nachdem das Wirtschaftswachstum wieder angezogen und sich stabilisiert hat.

Abbildung 12: Europagesinnung von autoritär Denkenden, Liberalen und Eliten im Vergleich



5. Die Europäische Elite: Einigkeit und Differenzen zur Zukunft der EU

Diese Umfrage unter mehr als 1.800 Mitgliedern der Elite Europas aus Regierung, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft bietet neue Einblicke in die Gedankenwelt dieser Entscheidungsträger und Meinungsmacher. Einer der häufigsten Kritikpunkte an der EU ist ihr elitärer politischer Charakter. Integration wird häufig als ein Prozess definiert, der von einer politischen Klasse, der grundsätzlich – und homogen – engagierte Europaanhänger angehören, gesteuert und vorangetrieben wird. Nach dieser Definition werden die politischen Eliten aus Gründen wahrgenommenen nationalen Interesses oder aus Eigeninteresse als instinktiv pro-europäisch angesehen.²⁵ Ein Verständnis für die Unterschiede innerhalb der Elite zu entwickeln, ist daher ein wichtiges Ziel mit offenkundigen politischen Auswirkungen.

Wie oben dargelegt, sind die Mitglieder der Elite vielen Aspekten der EU gegenüber tendenziell positiver eingestellt als die allgemeine Öffentlichkeit. Es gibt jedoch wesentliche Bereiche, in denen sie untereinander gespalten sind, auf die in diesem Abschnitt näher eingegangen wird.

Bedrohungen

Die Elitegruppe sollte aus einer Reihe politischer, wirtschaftlicher und außenpolitischer Probleme (siehe Tabelle 8) jene auswählen, die sie als die größte Bedrohung für die EU sieht. Die bei Weitem häufigste Antwort war „populistische und antieuropäische Parteien“.

Auffällig dabei ist, dass der Elite in erster Linie jene Themen Sorgen machen, die die Integrität der EU (Anti-EU-Parteien) oder ihren Zusammenhalt (Differenzen zwischen Mitgliedstaaten) bedrohen. Dies spiegelt wohl den Umstand wider, dass die Umfrage im Schatten der Brexit-Abstimmung, eines starken Ergebnisses der Freiheitlichen Partei Österreichs in den Präsidentschaftswahlen des Landes und der bevorstehenden Wahlen in den Niederlanden und Frankreich durchgeführt wurde, wo man von einem starken Abschneiden der populistischen Nationalisten ausging.

Trotz des Schocks und der Symbolik des Brexits fällt seine niedrige Platzierung auf: Nicht einmal jeder Zehnte aus der Elitegruppe hält ihn für eine der größten Bedrohungen für die EU.

Bemerkenswerterweise haben wirtschaftliche Risiken hier keinen besonders hohen Stellenwert, und nur ein relativ kleiner Anteil der Elitegruppe gab an, Angst vor einer neuen Krise der Einheitswährung zu haben. Dies legt ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Zuversicht der Elite nahe, die mit der derzeitigen Flut vergleichsweise guter Nachrichten über die Eurozone und die EU-Wirtschaft insgesamt einhergeht. Trotz des Schocks und der Symbolik des Brexits fällt seine niedrige Platzierung auf: Nicht einmal jeder Zehnte aus der Elitegruppe hält ihn für eine der größten Bedrohungen für die EU. Trotz des äußerst herausfordernden internationalen Umfelds, dem die EU gegenübersteht,

²⁵ Best, H., Lengyel, G. and Verzichelli, L. (Hrsg.) (2012), *The Europe of Elites*.

befinden sich auch Themen wie die Lage in der Ukraine und im Nahen Osten sowie der Klimawandel am unteren Ende der Liste.

Tabelle 8: Die größten Bedrohungen für die EU (% der Befragten)



Die einzig bemerkenswerte Abweichung in der Wahrnehmung der Bedrohungen zwischen den einzelnen Befragungsgruppen der Elite ist, dass Befragte aus der Wirtschaft weniger als der Durchschnitt über populistische Parteien besorgt sind und sich eher wegen des Terrorismus Sorgen machen. Abgesehen davon sind die Unterschiede zwischen den Teilgruppen gering (siehe Box 3). Die Umfrageergebnisse weisen auf eine Unsicherheit, was die EU als solche anbelangt, und auf einen Mangel an Vertrauen in die Zukunft hin.

Box 3: Unterschiede innerhalb der Elite

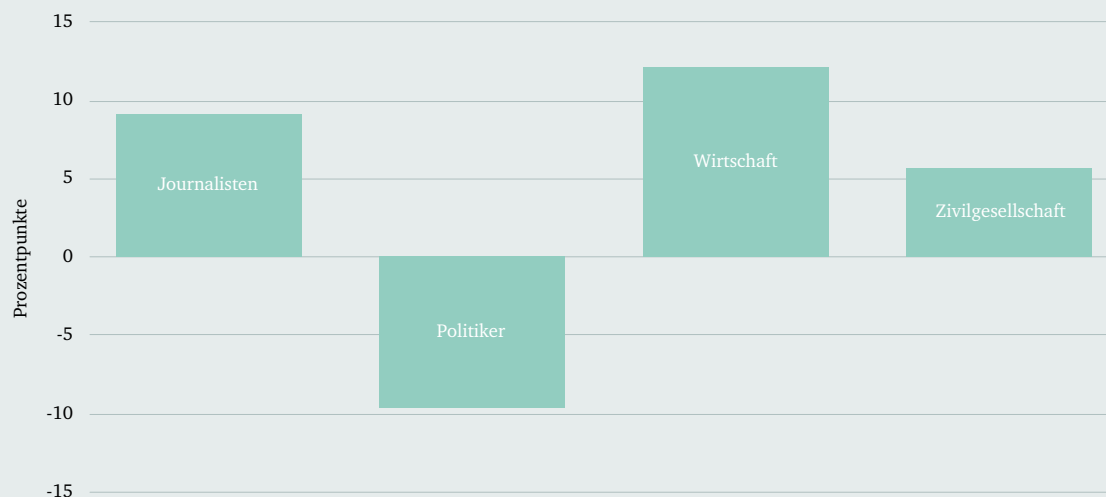
Die Elitegruppe der Umfrage umfasste vier verschiedene Gruppen: Politiker, Journalisten, Führungskräfte aus der Wirtschaft und Vertreter der Zivilgesellschaft. Im Wesentlichen waren diese Gruppen in vielen Punkten einer Meinung, obgleich es nennenswerte Ausnahmen gab. Die Ansichten der Führungskräfte aus der Wirtschaft entsprachen dabei eher jenen der Öffentlichkeit. So waren Wirtschaftsvertreter nicht nur am wenigsten der Ansicht, dass die EU mehr Befugnisse bekommen sollte, sie zählten auch zu der Untergruppe, die diese Meinung mehrheitlich vertrat (siehe Tabelle 9). Das Konzept der Vereinigten Staaten von Europa wurde von allen Untergruppen einhellig befürwortet.

Tabelle 9: Haltungen innerhalb der Elite gegenüber Integration

	Zivilgesellschaft	Wirtschaft	Politiker	Journalisten
Die EU sollte mehr Befugnisse haben	37 %	31 %	43 %	36 %
Die EU sollte weder mehr noch weniger Befugnisse haben	28 %	28 %	23 %	32 %
Die EU sollte einige ihrer Befugnisse an Mitgliedstaaten zurückgeben	28 %	36 %	30 %	27 %

Darüber hinaus waren auch einige andere nennenswerte Unterschiede festzustellen. Während eine Mehrheit der Mitglieder jeder dieser Untergruppen angibt, von der EU-Mitgliedschaft profitiert zu haben, ist der Anteil bei Führungskräften aus der Wirtschaft geringer (64 %) und bei Politikern am höchsten (75 %). Gleichermaßen wurde eine fiskalische Umverteilung unter den Mitgliedstaaten insgesamt sehr befürwortet, wobei 81 % der Politiker, 80 % der Journalisten, 79 % der Vertreter der Zivilgesellschaft und 68 % der Führungskräfte aus der Wirtschaft sich dafür aussprachen. Letztere waren auch am wenigsten geneigt, Flüchtlingsquoten zu akzeptieren oder den Frieden als die größte Errungenschaft der EU anzusehen. Journalisten dachten eher, dass der Brexit die EU geschwächt habe (80 %, verglichen mit 68 % der Führungskräfte aus der Wirtschaft). Politiker glaubten am wenigsten daran, dass ein weiterer Mitgliedstaat innerhalb der nächsten zehn Jahre aus der EU austreten wird (siehe Abbildung 13). Führende Vertreter der Zivilgesellschaft befürworteten die Erweiterung deutlich stärker und waren die einzige Gruppe, die sich mehrheitlich positiv zum EU-Beitritt der Türkei äußerte. Einige deutliche Unterschiede waren bei den Einstellungen zur Demokratie auf nationaler Ebene auszumachen, wobei die Vertreter der Zivilgesellschaft ihr eigenes Land deutlich weniger oft als demokratisch bezeichneten als Politiker oder Journalisten.

Abbildung 13: Innerhalb der Elite – „Während der nächsten 10 Jahre werden sich andere Mitgliedsstaaten für das Austreten aus der EU entscheiden“ (Netto-Zahlen: Zustimmung minus Ablehnung)



EU-Integration

Wie in Kapitel 3 erwähnt, ist sich die Elite Europas darüber uneinig, ob die EU mehr Befugnisse erhalten oder föderaler werden soll. Auf die Frage, ob die Eurozone langfristig stärker integriert werden sollte, waren 71 % der Elite jedoch dafür, während nur 13 % die Idee ablehnte.

Mitglieder der Elite wurden gebeten, andere zentrale Bereiche der Politik zu benennen, die am meisten von einer verstärkten Integration profitieren würden. Die beliebtesten Antworten in absteigender Reihenfolge waren Sicherheit und Verteidigung, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Energie und Klimawandel. Auffällig ist, dass obwohl die Elite interne politische Belange zu den vorherrschenden Bedrohungen für die EU zählte, sie den größten zukünftigen Nutzen darin sieht, gemeinsame europäische Antworten auf externe sicherheitspolitische Herausforderungen zu finden. Darin mag sich die Überzeugung widerspiegeln, dass Integration im Bereich der Sicherheit und Verteidigung politisch einfacher sei, oder aber auch die Ansicht, dass Lösungen für den internen Zusammenhalt der EU nicht zwangsläufig nur in einer Vertiefung der Integration zu finden sind. Dass die Wirtschaftspolitik eine hohe Priorität hat, steht im Einklang damit, dass die Elite eine Vertiefung der Integration unter den Mitgliedern der Eurozone befürwortet.

Der wirtschaftliche Sparkurs der Eurozone führt weiterhin zu deutlichen Konflikten in der EU, wie die Ergebnisse der Umfrage bestätigen (siehe Tabelle 10). Nur 28 % der Elite gaben an, dass Sparmaßnahmen wirkungsvoll sind, um die Finanzkrise in der Eurozone zu bewältigen, während 54 % dem nicht zustimmten. Sogar bei den Führungskräften aus der Wirtschaft, wo man am ehesten an die Wirksamkeit von Sparmaßnahmen glaubt, gibt es eine relative Mehrheit, die diese Ansicht dennoch ablehnt. Ein beträchtlicher Anteil der Elite scheint daher einen alternativen fiskalpolitischen Sparkurs zu befürworten.

Tabelle 10: Gesinnung der Elite in Wirtschaftsbelangen (% der Befragten)

	Elite
<i>Sparmaßnahmen und Eurozone</i>	
Sparmaßnahmen sind eine wirksame Strategie für die Eurozone	28
Sparmaßnahmen sind keine wirksame Strategie für die Eurozone	54
Neutral – keine Meinung zu Sparmaßnahmen	14
<i>Langfristige Integration der Eurozone</i>	
Eurozone sollte viel stärker integriert werden	71
Eurozone sollte nicht viel stärker integriert werden	13
Neutral – keine Meinung dazu	13

Die Flüchtlingskrise spielt klarerweise eine große Rolle in den Köpfen der Elite, und doch herrscht auch Uneinigkeit darüber, wie darauf zu reagieren sei.

- Auf die Frage nach der Entscheidung von Kanzlerin Angela Merkel, die Grenzen Deutschlands für Flüchtlinge zu öffnen, antwortete eine Mehrheit (59 %), dass sie richtig gehandelt hätte, während 30 % der Meinung waren, dass dies der falsche Weg war.
- Gleichmäßiger verteilten sich Befürworter und Gegner in Bezug auf das EU-Abkommen mit der Türkei. Während 38 % angaben, dass dies für die EU gut war, teilten 40 % diese Meinung nicht. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, warum in der Flüchtlingskrise kein nennenswerter Fortschritt erzielt werden konnte. Das Thema wird den politischen Diskussionen in Europa zweifelsohne noch eine Zeit lang erhalten bleiben.

Tabelle 11: Ansichten der Elite über die Flüchtlingskrise (% der Befragten)

	Elite
<i>Kanzlerin Merkels Entscheidung zu Flüchtlingen</i>	
Hat richtig gehandelt, als sie Deutschlands Grenzen für Migranten geöffnet hat	59
Hat nicht richtig gehandelt, als sie Deutschlands Grenzen für Migranten geöffnet hat	30
Neutral – keine Meinung dazu	9
<i>Empfindungen der Elite gegenüber Flüchtlingen/Asylsuchenden</i>	
Sehr positiv	14
Ziemlich positiv	37
Ziemlich negativ	11
Sehr negativ	3
Neutral – weder positiv noch negativ	33
<i>Flüchtlingsabkommen zwischen EU und Türkei</i>	
Ist gut für die EU gewesen	38
Ist nicht gut für die EU gewesen	40
Neutral – keine Meinung dazu	17

Die Umfrage zeigt, dass obwohl sie zweifelsohne eine verstärkte Integration befürworten, nicht alle Mitglieder der Elite in der EU die überzeugten Föderalisten sind, als die sie zuweilen überspitzt dargestellt werden. Insgesamt waren sie in einigen Kernfragen zur Richtung, die die EU einschlagen sollte, gespalten. So fanden beispielsweise eine rasche Ausweitung der EU-Kompetenzen oder die Idee ‘der Vereinigten Staaten von Europa’ mit einer zentralen Regierung keine große Zustimmung. Die Befragten waren sich uneins, was die Vorteile des EU–Türkei-Abkommens betrifft, darüber, ob die EU-Erweiterung zu weit gegangen sei, sowie über das Beitrittsgesuch der Türkei. Weitgehend einig waren sich die Mitglieder der Elite jedoch über einige Schlüsselbereiche, die die Zukunft der EU maßgeblich beeinflussen werden. Sie gaben an, dass sie eine weitere Integration innerhalb der Eurozone befürworten und wichtige Aspekte der EU-Solidarität und wirtschaftlichen Umverteilung voll und ganz unterstützen würden, und sie stimmten darin überein, dass die EU in den Brexit-Verhandlungen keine Kompromisse zu ihren Grundprinzipien eingehen sollte. Einigkeit herrschte auch über Reformbereiche: Die Befragten äußerten sich unzufrieden über das Regulierungsniveau in Europa und besorgt um die mangelnde Einigkeit der Mitgliedstaaten sowie die Handhabung der Flüchtlingskrise. Zu guter Letzt äußerten sie deutliche Zweifel an der Wirksamkeit der fiskalpolitischen Sparmaßnahmen.

6. Auswirkungen der Gesinnung von Öffentlichkeit und Elite zur Zukunft der EU

Die Auswertung der Einstellungen der Öffentlichkeit und der Elite in der EU in den bisherigen Kapiteln hat Spaltungen entlang dreier Dimensionen erkennen lassen: eine komplexe, durch eine Mischung aus Übereinstimmung und Diskrepanz gekennzeichnete Dynamik zwischen den Haltungen auf beiden Seiten; eine Kluft zwischen den von den verschiedenen Teilen der Bevölkerung vertretenen unterschiedlichen Werten; und einen mangelnden Konsens der Elite über die Richtung der EU-Integration. In diesem Kapitel wird darauf eingegangen, was diese Spaltungen für die Agenda der EU und für die Debatte über ihre langfristige Zukunft bedeuten, indem die Einstellungen von Öffentlichkeit und Elite auf die kürzlich von der Europäischen Kommission vorgestellte Agenda projiziert werden.

Junckers Szenarien auf dem Prüfstand

Im Vorfeld des Gipfels in Rom anlässlich des 60. Jubiläums der EU veröffentlichte die Europäische Kommission ein *Weißbuch zur Zukunft Europas*.²⁶ Darin werden fünf Szenarien für verschiedene Richtungen, in die sich die EU in den nächsten zehn Jahren entwickeln könnte, skizziert und die Politik und politischen Auswirkungen jedes einzelnen Szenarios umrissen.

Die Tatsache, dass sich die Kommission dafür entschied, anstelle einer Roadmap oder eines Plans eine Reihe verschiedener Szenarien zu präsentieren, spiegelt in vielerlei Hinsicht die in der Umfrage aufgezeigten Trends wider. Während die unterschiedlichen Auffassungen in Öffentlichkeit und Elite bezüglich der Integration und das hohe Maß an Europaskepsis keine neuen Entwicklungen sind, zeigt sich nunmehr auch, dass es an einem ausreichenden Konsens über ein stärkeres Zusammenwachsen mangelt, was auch im Konzept der Kommission Ausdruck findet.

Die Kommission stellt fünf alternative Szenarien für die Zukunft vor. Diese decken nicht das gesamte Spektrum der möglichen künftigen Entwicklung der EU ab; die Szenarien enthalten keine radikalen Alternativen zu den derzeit gültigen Verträgen und sie skizzieren auch nicht, wie diese verschiedenen Szenarien erreicht werden können. Und auch wenn man sich um einen neutralen Ton bemüht hat, wird klar, dass die Kommission einige dieser zukünftigen Wege eher befürwortet als andere. Trotz dieser Schwächen bilden sie einen wertvollen Ausgangspunkt für Überlegungen zur Zukunft der EU und bieten einen nützlichen Rahmen, um zu testen, welche Vision in der Bevölkerung und bei den Eliten die größte Zustimmung findet.

Szenario 1: Weiter wie bisher

Bei diesem Szenario hält die EU am eingeschlagenen Weg fest. Die Kommission setzt ihre Agenda regulatorischer Reformen fort. Sie stärkt schrittweise die Eurozone, vertieft den Binnenmarkt für

²⁶ Europäische Kommission (2017), *Weißbuch zur Zukunft Europas: Überlegungen und Szenarien für die EU27 bis 2025*, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/white_paper_on_the_future_of_europe_en.pdf (abgerufen am 13. Mai 2017).

Energie und digitale Dienste und versucht, das Management der EU-Außengrenzen zu verbessern. Außerdem sollen bescheidene Schritte zur Verbesserung der Außenpolitik und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit gesetzt werden. Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten behindern weiterhin die Kohärenz des EU-Konzepts, im Besonderen was die Reaktion auf Krisen betrifft.

Dieses Szenario könnte auch als „ein Durchwursteln“ bezeichnet werden. Es gibt keinen großen Sprung nach vorne, aber auch keine Anpassung des Kräfteverhältnisses zwischen EU-Ebene und Mitgliedstaaten. Eine Reform der Steuerung der Eurozone passiert schrittweise und reaktiv. Und aus Sicht der Kommission verfügt die EU nach wie vor über zu wenig Instrumente und Hebel, um die sich ihr stellenden Herausforderungen zu bewältigen.

Für manche repräsentiert dieses Szenario den Wunsch, die Errungenschaften der europäischen Integration zu verteidigen, besonders in Ermangelung einer politischen Basis, auf der man sie in dieser Phase vorantreiben könnte. Angesichts der Herausforderungen, denen die EU ausgesetzt ist, und der in dieser Umfrage aufgezeigten gegenwärtigen öffentlichen Unzufriedenheit, wäre dies jedoch eine Lösung, bei der kleine Veränderungen nicht ausreichen könnten.

Klar ist, dass große Teile der Bevölkerung mit dem Status quo nicht glücklich sind. Weniger als ein Drittel sowohl der Öffentlichkeit als auch der Elite (28 % in jeder Gruppe) gab an, das derzeitige Kräfteverhältnis beibehalten zu wollen. Für diesen Standpunkt findet sich in keinem Land nicht einmal in der Gruppe der befragten Öffentlichkeit eine relative Mehrheit. Interessant sind auch die Emotionen, die die Sorge über die Zukunft widerspiegeln: Aus der Gruppe der befragten Öffentlichkeit sagten 34 %, dass sie in Bezug auf die EU grundsätzlich besorgt, verunsichert oder pessimistisch sind. Jüngere Wähler (18–24) sind die einzige Altersgruppe, in der eine relative Mehrheit dafür war, dass die EU die gleichen Befugnisse behält. Nichtsdestotrotz bleibt dies eine Minderheitenmeinung. Ein solcher Mangel an Vertrauen in die Zukunft wird sich wohl kaum dadurch beseitigen lassen, dass so weitergemacht wird wie bisher.

Szenario 2: Schwerpunkt Binnenmarkt

In diesem Szenario konzentriert sich die EU auf den Binnenmarkt. Es wird davon ausgegangen, dass die Mitgliedstaaten in Zukunft nicht in der Lage – oder nicht bereit – sein werden, Kooperationen in Bereichen wie Migration sowie Außen- und Sicherheitspolitik voranzutreiben, und sich deshalb lieber darauf konzentrieren, Bereiche des Binnenmarkts zu vertiefen und die regulatorische Belastung innerhalb der EU zu reduzieren. In diesem Szenario werden Kooperationen in anderen Bereichen als dem Binnenmarkt zunehmend bilateraler Art sein. Da die Zusammenarbeit in der Migration in diesem Fall eingeschränkter ist als in anderen Szenarien, glaubt die Kommission, dass regelmäßige Kontrollen an den Grenzen häufiger werden.

Auch wenn in diesem Szenario nicht ausdrücklich darauf hingewiesen wird, so liegt doch die Vermutung nahe, dass die EU weniger Befugnisse haben oder zumindest weniger Befugnisse als bisher ausüben wird. Das scheinen auch die Ansichten von 48 % der Öffentlichkeit und 31 % der Elite zum Ausdruck zu bringen, die der EU weniger Kompetenzen einräumen möchten. Jene Teile der Bevölkerung, die den Mitgliedstaaten am ehesten Befugnisse zurückgeben wollten, waren tendenziell älter und verfügten über ein geringeres Bildungsniveau. Diese Gruppen würden einen solchen Ansatz wohl am stärksten unterstützen. Dieses Szenario dürfte die autoritär denkende Gruppe der Umfrage am ehesten zufriedenstellen.

Wie im Weißbuch der Europäischen Kommission beschrieben, würde in diesem Szenario das größte Augenmerk auf der Beseitigung der Regulierungslast liegen. Trotz Bemühungen seitens der Kommission und einem Bekenntnis zu einer Agenda für „bessere Rechtsetzung“ wird die EU generell und weitgehend als unverhältnismäßig bürokratisch wahrgenommen. In allen Gruppen der Elite wurden Bürokratie und übermäßige Regulierung als die größten Misserfolge der EU bezeichnet. Die Öffentlichkeit assoziierte die EU am ehesten, mehr als alles andere, mit Bürokratie. Daher würde ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung des empfundenen Übermaßes an Bürokratie den Präferenzen der Öffentlichkeit und Elite gleichermaßen entsprechen. Aufgrund der Beschaffenheit des Binnenmarkts – ein Projekt, das entworfen wurde, um Rechtsvorschriften zu harmonisieren – würde ein solches Szenario jedoch zwangsläufig nach wie vor gemeinsame europäische Regeln in einer Reihe von Bereichen erfordern.

Ein weiterer Reiz dieses Szenarios liegt in der Erkenntnis, dass eine EU, die sich auf den Binnenmarkt konzentriert, einfacher wäre und daher laut Kommission „besser zu verstehen“. Es ist richtig, dass Wähler sich mit einer weniger komplexen Union eher verbunden fühlen dürften. In der Öffentlichkeit gibt es eine positive und nicht unerhebliche Korrelation zwischen jenen, die die Arbeit der EU zu verstehen glauben und jenen, die der Meinung sind, davon profitiert zu haben. Daher könnte ein besseres Verständnis aufgrund einer einfacheren Union zu einer positiveren Einstellung führen. Den Schwerpunkt auf die Vereinfachung der Arbeitsweise der EU zu legen, lässt sich jedoch auch mit anderen im Weißbuch vorgestellten Ansätzen erzielen.

Szenario 3: Wer mehr will, tut mehr

Dieses Szenario könnte man auch als „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ bezeichnen. Manche Länder arbeiten in bestimmten Politikbereichen an einer verstärkten Integration, während andere auf eine breite Kontinuität nach den bisherigen Regelungen setzen. Gruppen von Mitgliedstaaten entschließen sich, je nach Bereich intensiver zu kooperieren. Eine engere Zusammenarbeit gilt also nicht für alle Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission schlägt Bereiche wie Verteidigung, Sicherheit und Justiz sowie Steuern und Soziales vor, wo „Koalitionen von Willigen“ entstehen könnten.

Diese Vision scheint einigen in der Umfrage aufgezeigten Standpunkten zu entsprechen, besonders in den Reihen der Elite. Eine klare Mehrheit der Elite (71 %) sprach sich dafür aus, dass die Eurozone „viel stärker integriert“ werden sollte. Angesichts der Anzahl an Mitgliedstaaten, die noch immer außerhalb der Eurozone sind, und der berechtigten Erwartung, dass einige von ihnen ihr in nächster Zukunft auch nicht beitreten werden (oder möglicherweise nie), gibt eine stärker integrierte Eurozone vermutlich die Stoßrichtung für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten vor. Sie spiegelt auch die von vielen Analysten und Führungskräften in Europa vertretene Logik wider, dass einige der strukturellen Defizite in der Entwicklung der Einheitswährung in der Tatsache verwurzelt sind, dass die Eurozone nur zum Teil integriert ist. Ebenso stimmen jene Bereiche, die von der Elite als jene genannt wurden, die in Zukunft den größten Nutzen bringen würden – Verteidigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik – mit jenen überein, die in diesem Szenario hervorgehoben werden.

In einer flexiblen EU der verschiedenen Geschwindigkeiten könnte man die Unterschiede in der Bevölkerung der verschiedenen Mitgliedstaaten bei jeder zukünftigen Integration besser berücksichtigen. In der Vergangenheit ist eine differenzielle Integration nur durch politisch hart umkämpfte Ausnahmeregelungen nach Vertragsänderungen zustande gekommen, die Sonderabkommen für einzelne Länder zur Folge hatten, die politisch so unnachgiebig waren, keine Kompromisse bezüglich ihrer nationalen Sonderstellung einzugehen. Die Angst vor einem

unumkehrbaren Abdriften in Richtung einer stärkeren Integration war gewiss ein wesentliches Element für die britische Europaskepsis, im Besonderen in der Konservativen Partei, und ist der Grund, warum Premierminister David Cameron in seinen Neuverhandlungen vor dem Referendum den Ausschluss Großbritanniens vom Ziel einer „immer engeren Union“ klarzustellen versuchte. Daher wird eine EU, die Konzepte und Praktiken der Flexibilität und Differenzierung auf strukturiertere Weise einzubinden vermag, der öffentlichen Meinung wohl weniger stark zuwiderlaufen.

Die Schwäche dieses Szenarios liegt jedoch darin, dass es auf der Idee beruht, der größte Unterschied im Wunsch nach einer stärkeren Integration liege zwischen Ländern und weniger zwischen Wählergruppen innerhalb eines Landes oder über die Grenzen hinweg. Ein derartiger Ansatz könnte für Themen wie die Flüchtlingskrise relevant sein, wo es große Unterschiede zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten gibt. Diese Art der differenziellen Integration würde jedoch nicht die wichtigen Unterschiede zwischen den verschiedenen Wählergruppen und zwischen den oben erwähnten Wählern und Eliten berücksichtigen, die über nationale Grenzen hinausreichen.

Szenario 4: Weniger, aber effizienter

In diesem Szenario richten sich Aufmerksamkeit und Ressourcen der EU auf wenige ausgewählte Politikbereiche (darunter Migration, Handel, Sicherheit und Verteidigung), während in anderen Bereichen weniger oder gar nichts mehr getan wird. Mit anderen Worten macht die EU mehr aber zugleich auch weniger. Das bedeutet engere und effizientere Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen, in denen die EU mehr Politik- und Regulierungsinstrumente und mehr Durchsetzungsbefugnisse erhält, während ihre Rolle in anderen Bereichen stärker eingeschränkt wird. Während das Weißbuch recht vage bleibt, was die Einzelheiten betrifft, werden die Regionalpolitik, manche Aspekte der Beschäftigung sowie die Sozialpolitik und das Gesundheitswesen – wo die Kompetenzen der EU ohnehin relativ begrenzt sind – als potenzielle Bereiche für weniger Aktivität hervorgehoben.

Ein Integrationskonzept, das sich eher auf spezifische Themenbereiche bezieht, ist das innovativste Szenario, da es von der herkömmlichen und einfachen Wahl zwischen „mehr“ oder „weniger“ Europa abweicht. Es ist ein Szenario mit Potenzial für eine engere Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen, wie von der Elitegruppe der Umfrage gefordert, etwa eine stärker integrierte Eurozone.

Dies ist das innovativste Szenario, da es von der herkömmlichen und einfachen Wahl zwischen „mehr“ oder „weniger“ Europa abweicht. Es ist ein Szenario mit Potenzial für eine engere Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen, wie von der Elitegruppe der Umfrage gefordert, etwa eine stärker integrierte Eurozone. In diesem Szenario wäre eine verstärkte Integration bei Themen wie Migration, wo die Öffentlichkeit mehrheitlich ein Quotensystem befürwortete, ebenso möglich. Es würde der EU aber auch erlauben, Befugnisse in anderen Bereichen in Einklang mit den öffentlichen Interessen an die Mitgliedstaaten zurückzugeben. Mit einem Integrationskonzept, das sich eher auf Bereiche bezieht als auf Staaten, wie in Szenario 3 beschrieben, könnte die Zukunft der europäischen Einigung eine bessere Chance haben, der Vielfalt der öffentlichen Präferenzen Rechnung zu tragen.

Aus dem Weißbuch geht eindeutig hervor, dass für die Europäische Kommission in erster Linie die Kluft zwischen unrealistischen Erwartungen und eingeschränkter Umsetzung für die Unzufriedenheit mit der EU verantwortlich ist. Eine Entwicklung im Sinne dieses vierten Szenarios würde das Ausmaß der randständigen Position der EU in Bezug auf Schlüsselbereiche der Politik verringern, in denen die Erwartungshaltung hoch ist, die politische Kompetenz jedoch begrenzt. Ein breiteres politisches Verhandeln von „mehr oder weniger“, bei dem die wahrgenommene Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen mit einer sichtbaren Reduktion der Rolle der EU in anderen Bereichen einhergeht, scheint auch stärker mit verschiedenen Meinungsrichtungen der Öffentlichkeit und der Elite übereinzustimmen.

Diese Vision würde immer noch schwierige Kompromisse einfordern, die die Prioritäten und Interessen verschiedener Gruppen betreffen. Einer der Bereiche für weniger Intervention ist zum Beispiel die Regionalpolitik, wobei die Struktur- und Kohäsionsfonds dieser Politik eine klare Priorität für zentral- und osteuropäische Mitgliedstaaten darstellen. Sollte es dennoch gelingen, diese Vision als eine zu verkaufen, die sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten stärkt, wäre dies die größte Chance, mit der öffentlichen Meinung konform zu gehen.

Szenario 5: Viel mehr gemeinsames Handeln

In diesem Szenario erhält die EU generell mehr Befugnisse und Ressourcen, verbunden mit einer deutlichen Intensivierung der Integration zwischen den Mitgliedstaaten in einem breiten Spektrum von Politikbereichen. Die Rolle der EU in finanzpolitischen, steuerlichen und sozialen Belangen wird zum Beispiel nicht nur für Mitglieder der Eurozone verstärkt, sondern auch für jene Länder, die ihr beitreten wollen (dies würde nach dem Austritt Großbritanniens nur Dänemark formell ausschließen). Dies ist das föderalistische Szenario, in dem Schritte in Richtung einer stärkeren politischen Union beschleunigt werden.

Teilnehmer beider Umfragegruppen wurden gefragt, ob sie der Meinung seien, dass „die Europäische Union zu den Vereinigten Staaten von Europa mit einer Zentralregierung“ werden sollte. 41 % der Öffentlichkeit stimmten nicht zu (21 % überhaupt nicht), 30 % stimmten zu (10 % voll und ganz) und 28 % verhielten sich neutral. Auch wenn eine relative Mehrheit gegen diese Idee stimmte, zeigt die Tatsache, dass ein Drittel der Öffentlichkeit diese Auffassung unterstützt, die Beharrlichkeit der Vision einer wahren europäischen Republik – trotz der zahlreichen Herausforderungen, denen die EU gegenübersteht, und der allgemein negativen Stimmung in der Bevölkerung. In dieser Frage ist die Elite geteilter Meinung: 40 % sind dafür und 47 % dagegen. Repliziert man das Muster der Öffentlichkeit, sind bedeutend mehr Mitglieder der Elite überhaupt nicht damit einverstanden (25 %) als jene, die der Idee voll und ganz zustimmen (16 %).

Quo vadis Europa?

Seit beinahe zehn Jahren ist die EU kontinuierlichen Herausforderungen und Krisen ausgesetzt. Während die EU-Spitzen über die Zukunft nach dem Brexit debattieren, bemühen sich ihre Institutionen nach Kräften, ein Bild der Effektivität und Legitimität zu vermitteln. Die Mitgliedstaaten kämpfen indes mit unterschiedlichen Wohlstands-, Wachstums-, Wettbewerbs- und Einkommensniveaus sowie mit dem kontroversen Erbe der Eurozonen und Flüchtlingskrise. Wie dieser Bericht verdeutlicht, können diese Herausforderungen nur dann erfolgreich bewältigt werden, wenn man die Meinung der Öffentlichkeit und der Elite berücksichtigt.

Wie bereits ausgeführt, zeigen die Ergebnisse der Umfrage, wie sehr die EU gegenläufigen Sachzwängen an drei Fronten ausgesetzt ist: eine Diskrepanz zwischen Elite und Öffentlichkeit, eine Öffentlichkeit, die bezüglich ihrer Werte gespalten ist, und eine Elite, der es an Konsens über Schlüsselthemen mangelt, die für die Zukunft Europas prägend sein werden.

Inmitten dieser Differenzen versuchen die EU-Spitzen, das Schiff auf Kurs zu halten. Einigkeitsbekundungen als Reaktion auf den Brexit und positivere Zahlen zum Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 haben dazu beigetragen, die Lage weiter zu beruhigen. Die Wahlerfolge EU-freundlicher Politiker in Österreich, Frankreich und den Niederlanden in diesem Jahr haben der Union auch mehr Handlungsspielraum eingeräumt, während der Druck auf den Euro nachgelassen hat, ebenso wie die Zuwanderer- und Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten und Nordafrika, zumindest vorläufig. Es besteht der Eindruck, dass die EU nun Raum hat, ihre langfristige Gestaltung und Identität nach dem Brexit zu überdenken, und dass ein Prozess politischer Erneuerung nun das fortwährende Krisenmanagement verdrängen könnte. Dazu wird sich die EU mit dem Thema der politischen Legitimation befassen müssen.

Der EU mag es an der inhärenten Legitimation eines Nationalstaates mangeln, sie hat jedoch in ihrer Geschichte versucht, Legitimation auf zweierlei Weise zu erreichen. Zum einen baut die politische Legitimation auf dem Nutzen der Integration in Bezug auf Vorteile und Rechte für Bürger auf – was zuweilen als „Output“-Legitimation bezeichnet wird. Zum Zweiten entsteht politische Legitimation aus mehr Teilhabe an – und Prüfung der – EU-Entscheidungen seitens der Bürger durch verstärkte Demokratie, Transparenz und Verantwortlichkeit – was zuweilen als „Input“-Legitimation bezeichnet wird.

Beide Ansätze scheinen momentan schwach ausgeprägt. Die jüngsten Krisen, im Besonderen die Eurokrise, haben die wirtschaftliche Entwicklung großer Teile Südeuropas korrodiert und mehr Diskrepanzen als Konvergenzen zwischen den Wirtschaften und Gesellschaften der Region erzeugt, was das Gefühl untergräbt, dass die EU ein Motor des Wohlstands ist. Wie die Umfrage zeigt, verlieren die langfristigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorzüge Europas ihren Stellenwert oder werden immer häufiger in Frage gestellt, während wesentliche Teile der Öffentlichkeit diese Vorzüge nicht zu spüren bekommen. Indes haben sich Versuche, die EU demokratischer zu machen, generell auf von oben gesteuerte Initiativen konzentriert oder die Rolle des europäischen Parlaments betont, dem es nicht gelungen ist, die demokratische Legitimation der Union zu vermitteln. Wesentlich ist, und darauf deuten auch die Daten hin, dass die Demokratie in der EU für die Öffentlichkeit zwar wichtig, aber nicht ihre größte Sorge ist.

Für diese Herausforderungen gibt es keine einfachen Lösungen. Aus den Umfrageergebnissen lassen sich jedoch die folgenden wichtigen Implikationen für eine Debatte über die Zukunft der EU ableiten.

Uneinigkeit der Elite über die Zukunft der EU schafft Raum für neue Ideen und Visionen

Die EU-Politik ist von einer Phase, in der sie zwischen einer auf Integration bedachten politischen Klasse und einer bisweilen skeptischen Öffentlichkeit vermittelt hat, in eine Phase übergegangen, die ein gemischteres Bild der Öffentlichkeit und Elite zeigt. Die zwei größten politischen Herausforderungen der vergangenen zehn Jahre – die Eurozone und die Flüchtlingskrise – wurden durch das gleiche Problem verstärkt: einen partiellen Integrationsprozess, mit einer europäischen Währungsunion ohne Fiskalunion und den Wegfall der EU-Binnengrenzen ohne eine gemeinsame EU-Außengrenze. Der Integrationsprozess ist nicht abgeschlossen, und doch ist der Weg nach vorne – oder zurück – höchst umstritten.

Während man in Brüssel von einer längerfristigen Notwendigkeit von stärkerer Integration überzeugt sein mag, herrscht in der Elite kein Konsens über das Kräfteverhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, oder über eine föderalistische Vision. In Ermangelung einer Mehrheitsmeinung über den Weg nach vorne entstehen Bedarf und Möglichkeiten einer politischen Führung mit einer längerfristigen Vision für die Zukunft, sofern der politische Raum für die Entwicklung einer solchen Führung gegeben ist. Die sich erholende europäische Wirtschaft und die relative politische Stabilität, die nach den Wahlen dieses Jahres Deutschland und Frankreich erfassen könnte – historisch gesehen die zwei Motoren der Integration – könnten die einzigartige Chance für einen Prozess der politischen und wirtschaftlichen Erneuerung bieten. Das erscheint angesichts der Wahl von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron umso wahrscheinlicher.

Europa muss die binäre Diskussion überwinden

Im Rahmen dieses Prozesses der politischen Erneuerung müssen Entscheidungsträger und Führungskräfte in der EU die vielfältigen Sichtweisen über ihre Zukunft anerkennen. Zuweilen hat sich die Diskussion auf eine simple binäre Wahl zwischen „mehr“ oder „weniger“ Europa, zwischen einem lose definierten Konzept verstärkter Integration und völliger Fragmentierung, reduziert. Die Ergebnisse der Umfrage weisen auf eine weitaus größere Vielfalt an Sichtweisen in der Öffentlichkeit und Elite hin.

Viele, die mit der Leistung der Union im Großen und Ganzen zufrieden sind, wollen der EU nicht noch mehr Kompetenzen übertragen. Während eine beträchtliche Anzahl an Befragten aus Bevölkerung und Elite angaben, sie hätten von der EU profitiert, waren sie auch der Meinung, man sollte den Mitgliedstaaten auch Befugnisse zurückgeben. Solche Einstellungen haben zweifelsohne unterschiedlichste Motivationen und keine davon sollte als unzulässig angesehen werden. Für die Elite liegen die größten Bedrohungen für die EU in internen politischen Herausforderungen, besonders durch populistische und Anti-EU-Parteien.

Zuweilen hat sich die Diskussion auf eine simple binäre Wahl zwischen „mehr“ oder „weniger“ Europa, zwischen einem lose definierten Konzept verstärkter Integration und völliger Fragmentierung, reduziert. Die Ergebnisse der Umfrage weisen auf eine weitaus größere Vielfalt an Sichtweisen in der Öffentlichkeit und Elite hin.

Eine europäische Debatte, die nicht die Breite der öffentlichen Meinung widerspiegelt oder Platz für Kritik lässt und Gegnern allzu schnell ihre Legitimation abspricht, wird unweigerlich viele in der Öffentlichkeit vor den Kopf stoßen und möglicherweise Anti-EU-Kräfte eher stärken als schwächen. Wie ein Beobachter meint, „erstickt ein Zuviel an Konsens in Brüssel das politische Leben Europas“.²⁷ Die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, wie die politischen Maßnahmen der EU die Grundlagen des politischen Lebens beeinflussen können; und doch spiegelt ihr Ansatz oft eine „Politik ohne Politik“ wider, wo der Marktplatz der Ideen, der wahre Kern der Demokratie, zu oft durch farblosen Konsens ersetzt worden ist.²⁸ Wahre politische Erneuerung in Europa wird eine reichere, breitere und vielleicht sogar konfliktträchtigere Diskussion erfordern.

²⁷ van Middelaar, L. (2017), „The three things the EU must do to survive“, *Guardian*, 25. März 2017, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/mar/25/three-things-the-eu-must-do-to-survive> (abgerufen am 7. Mai 2017).

²⁸ Schmidt, V. A. (2010), *The European Union in search of political identity: Is more Politics the Answer?*, Wien: Institut für europäische Integrationsforschung, <https://eif.univie.ac.at/downloads/workingpapers/wp2010-05.pdf> (abgerufen am 5. Mai 2017).

Die Öffentlichkeit glaubt nach wie vor an eine solidarische Union

Langfristig erfordert Solidarität nicht nur ein Budget, das ihr gerecht wird, sondern auch eine Öffentlichkeit, die an sie glaubt. Ein Mangel an Solidarität in der europäischen Bevölkerung verringert die Legitimation der EU-Institutionen, reduziert die Kosten, die die Bürger zur Umsetzung von Reformen tragen, und gießt Öl ins Feuer populistischer Politik. Insgesamt aber zeigt die Umfrage, dass eine auf Solidarität beruhende Union von Bevölkerung und Elite durchaus unterstützt wird. Eine Mehrheit in jeder Gruppe war der Ansicht, dass die EU eine redistributive Politik verfolgen sollte. Diese Erkenntnisse machen die Herausforderungen, eine gerechtere Union zu gestalten, die einen stärkeren Zusammenhalt aufweist, nicht einfacher; sie unterstreichen jedoch, dass eine durch sehr unterschiedliche Einkommensniveaus und Wirtschaftsleistungen geprägte Union trotz alledem solidarisch sein sollte.

Differenzen innerhalb der Bevölkerung sind ebenso signifikant wie Differenzen zwischen Staaten und erfordern unterschiedliche Strategien um diese anzugehen

Die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht, haben häufig zu spaltenden Kontroversen zwischen den Mitgliedstaaten geführt: Norden gegen Süden, Osten gegen Westen, Gläubiger gegen Schuldner. Die Umfragedaten zeigen jedoch die Bedeutung und Aussagekraft der Kluft zwischen den verschiedenen Gruppen *innerhalb* der Bevölkerung, die sich vor allem durch die unterschiedlichen Auffassungen von Identität und Gemeinschaft auftut. Wenn eine so kritische Bruchlinie in der EU nicht zwischen ihren Mitgliedstaaten verläuft, sondern innerhalb dieser Staaten, dann hat dies wichtige Auswirkungen auf die Art und Weise, wie die Verfechter einer stärkeren EU darauf antworten sollten.

Es liegt die Vermutung nahe, dass Strategien für künftige europäische Beziehungen, die auf eine differenzierte Integration der Staaten in einem System der „verschiedenen Geschwindigkeiten“ Wert legen, diese quer durch den Kontinent verlaufende Bruchlinie nicht gebührend berücksichtigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass ein flexibles Konzept für eine zukünftige Integration gefunden werden muss, das auf mehr aufbaut als nur auf einem EU-Kern und einer Peripherie.

Des Weiteren dürften sich solche Einstellungen allein durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage kaum ändern; will man die öffentliche Unterstützung für die EU fördern, so reicht es nicht, sich nur auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation benachteiligter sozialer Gruppen zu konzentrieren. Gerade der Aufschwung euroskeptischer Bewegungen während der vergangenen Perioden relativer wirtschaftlicher Stabilität und Wachstums führt ganz deutlich vor Augen, dass Wahrnehmungen unfairen Verhaltens und relativer Entbehrung nicht immer von der unmittelbaren Umgebung beeinflusst werden.

Starke und festgefahrene Identitätsängste der Öffentlichkeit, die sich zunehmend mit Sorgen um die Sicherheit vermischen, werden angesichts weiterer Terrorakte und steigender ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt in Europa voraussichtlich zunehmen. Wie aus diesem Bericht hervorgeht, werden rechtspopulistische Bewegungen weiterhin Resonanz in der Öffentlichkeit finden, wenn sie versuchen, diese Sorgen noch weiter zu schüren und zu einem breiteren Widerstand gegen die EU aufzurufen. Umfassendere Strategien werden nötig sein, um autoritär denkende Wähler zu motivieren und Diskussionen über Zuwanderung auf eine Weise zu führen, die Wahrnehmungen einer kulturellen Bedrohung verringert.

Jüngste Forschungsergebnisse haben die Macht von Informationen aufgezeigt, um nachhaltige Änderungen in den Einstellungen gegenüber Zuwanderung herbeizuführen, und legen einen Kurs für eine weitere Entwicklung nahe.²⁹ Indes haben andere Studien den Framing-Effekt [Auswirkung der Darstellungsweise einer Sachlage] in der Bildung und Veränderung von subjektiven Denkweisen gegenüber Zuwanderung dokumentiert. Eine aktuelle Studie untersuchte die Wirksamkeit von Informationen, die zuwanderungsskeptischen Gruppen in verschiedener Form präsentiert wurden. Man stellte fest, dass auf Fakten basierende Schilderungen, die soziale Kontinuität und ein hohes Maß an Assimilation der Zuwanderer betonten, effizienter darin waren, Sorgen über die Zuwanderung zu mindern, als eine Darstellung, die Wandel und Vielfalt unterstrich und begrüßte.³⁰ Dies entspricht den Ergebnissen früherer Studien, die untersuchten, wie man Einstellungen gegenüber Zuwanderung mit öffentlichen Informationskampagnen ändern könnte. Diese Studien betonen, wie wichtig es ist zu versuchen, das Verständnis der Öffentlichkeit für diese Themen zu verändern (d.h., indem man sich darauf konzentriert, wie Informationen über Zuwanderung verpackt und präsentiert werden), Botschaften an das betreffende Publikum individuell anzupassen und Informationen mit persönlichen Geschichten zu kombinieren.³¹ Auf lange Sicht werden die Spitzen der EU-Institutionen, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft sich verstärkt darum bemühen müssen, die Kluft zwischen ihren eigenen Positionen und jenen vieler Bürger in Sachen Identitätspolitik und besonders in Sachen Zuwanderung zu schließen.

Trotz aller Herausforderungen und des vorherrschenden Pessimismus hat Europa nach wie vor außergewöhnliche Stärken vorzuweisen. Im Vergleich zu vielen Teilen der Welt herrscht politische Stabilität, einige seiner Volkswirtschaften gehören zu den wettbewerbsfähigsten der ganzen Welt, und einige seiner Gesellschaften zählen zu den gesündesten und reichsten mit der größten Gleichstellung. Die Herausforderung für die EU besteht darin, diese Stärken zu nutzen und auf den historischen Errungenschaften der Integration so aufzubauen, dass den wirtschaftlichen Bedürfnissen und politischen Realitäten der kommenden Jahrzehnte Genüge getan wird. Wenn die EU erfolgreich sein und gedeihen soll, müssen ihre Vertreter mutig denken und rasch handeln, der Flexibilität gegenüber dem Dogmatismus Vortritt geben und sich als erste Stufe in einem Prozess der politischen Erneuerung offen mit den politischen Realitäten befassen.

²⁹ Grigorieff, A., Roth, C. and Ubfal, D. (2016), „Does Information Change Attitudes Towards Immigrants? Evidence from Survey Experiments“, London: LSE Institute of Global Affairs, <http://www.lse.ac.uk/IGA/Events/PDF/Siracusa/Ubfal.pdf> (abgerufen am 10. Mai 2017).

³⁰ Kaufmann, E. (2016), 'Assimilation and the Immigration Debate', London: Fabian Society, <http://www.fabians.org.uk/assimilation-and-the-immigration-debate> (abgerufen am 10. Mai 2017).

³¹ Crawley, H. (2009), *Understanding and Changing Public Attitudes: A Review of Existing Literature from Public Information and Communication Campaigns*, London: Barrow Cadbury Trust, <https://www.barrowcadbury.org.uk/wp-content/uploads/2012/11/Understanding-public-attitudes-a-review-of-existing-evidence-from-public-information-and-communication-campaigns1.pdf> (abgerufen am 10. Mai 2017).

Anhang

Umfragedesign

Die Umfrage wurde ab Juli 2016 von Wissenschaftlern von Chatham House und Kantar Public, in Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen und -denkfabriken entwickelt und im November 2016 in englischer und französischer Sprache fertiggestellt. Der Fragebogen wurde im Anschluss in alle anderen in der Umfrage verwendeten Sprachen übersetzt und einem dreistufigen Überprüfungsverfahren unterzogen.

Die meisten Fragen waren an beide Gruppen – Öffentlichkeit und Elite – gerichtet, um Vergleiche anstellen zu können. Die Umfrage unter der breiten Bevölkerung enthielt einige soziodemografische Fragen, die der Elite nicht gestellt wurden (etwa die Erfahrung mit sozialen Notlagen). Die Elitegruppe wurde zu einigen zusätzlichen politikbezogenen Themen in Bezug auf die derzeitige Lage in Europa befragt, die der Öffentlichkeit nicht unterbreitet wurden (etwa die Haltung der EU gegenüber Russland).

Land	Sprachen
Österreich	Deutsch
Belgien	Französisch, Niederländisch
Frankreich	Französisch
Deutschland	Deutsch
Griechenland	Griechisch
Ungarn	Ungarisch
Italien	Italienisch
Polen	Polnisch
Spanien	Spanisch
Vereinigtes Königreich	Englisch

Bevölkerungsumfrage

Die Bevölkerungsumfrage wurde zwischen Dezember 2016 und Januar 2017 unter einer repräsentativen Gruppe aus der breiten Öffentlichkeit in 10 europäischen Ländern (Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Spanien, Ungarn und das Vereinigte Königreich) durchgeführt. Mindestens 1.000 Interviews pro Land wurden online mit Panels des Marktforschungsinstituts Lightspeed Research geführt. Die Quoten wurden nach Alter, Geschlecht und Region festgelegt und Verzerrungen mittels Poststratifizierung ausgeglichen. Der Gesamtstichprobenumfang betrug 10.195 Teilnehmer.

Bevölkerungsbefragung im Detail

Land	Beginn	Ende	Anzahl der Interviews
Österreich	13/12/2016	11/01/2017	1,082
Belgien	14/12/2016	06/01/2017	1,002
Frankreich	15/12/2016	08/01/2017	1,066
Deutschland	15/12/2016	06/01/2017	1,003
Griechenland	15/12/2016	06/01/2017	1,001
Ungarn	13/12/2016	11/01/2017	1,036
Italien	15/12/2016	07/01/2017	1,001
Polen	13/12/2016	06/01/2017	1,001
Spanien	14/01/2016	06/01/2017	1,000
Vereinigtes Königreich	12/12/2016	06/01/2017	1,003

Elite-Umfrage

Die Elite-Umfrage wurde zwischen Januar 2017 und Februar 2017 in denselben zehn Ländern durchgeführt. Insgesamt wurden 1.823 Personen interviewt (zwischen 160 und 205 pro Land). Die befragten Eliten wurden wie folgt in vier weit gefassten Kategorien definiert: Politiker (auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene), Journalisten (Nachrichtenjournalisten), Führungskräfte aus der Wirtschaft (kleine, mittlere und große Unternehmen)³² und Vertreter der Zivilgesellschaft (NGOs, Verbände, Gewerkschaften, Universitäten). Die Befragung wurde durch nationale Forschungseinrichtungen (größtenteils Kantar-Institute) überwiegend per Telefon durchgeführt. In manchen Ländern fanden einige persönliche Interviews (Griechenland und Ungarn) oder Online-Befragungen (Polen) statt. Für jede der vier Zielgruppen (etwa 40–50 Personen pro Kategorie pro Land) wurden Quoten festgelegt, um ein ausgewogenes Verhältnis der Profile der Befragten zu gewährleisten.

Elitebefragung im Detail

Land	Durchführendes Forschungsinstitut	Beginn	Ende	Anzahl der Interviews	Verfahren
Austria	Kantar TNS	13/01/2017	24/01/2017	162	CATI
Belgium	Kantar TNS	16/01/2017	14/02/2017	182	CATI
France	Kantar Public	13/01/2017	31/01/2017	160	CATI
Germany	Kantar EMNID	19/01/2017	13/02/2017	193	CATI
Greece	Kantar TNS	24/01/2017	20/02/2017	203	CATI/CAPI
Hungary	Kantar TNS	16/01/2017	17/02/2017	205	CATI/CAPI
Italy	Kantar TNS	16/01/2017	07/02/2017	180	CATI
Poland	Kantar Public	20/01/2017	10/02/2017	180	CATI/CAWI
Spain	Facts Ltd	16/01/2017	21/02/2017	178	CATI
UK	Facts Ltd	16/01/2017	09/02/2017	180	CATI

Anmerkung: CATI = Computerunterstütztes Telefoninterview; CAWI = Computerunterstütztes Online-Interview; CAPI = Computerunterstütztes persönliche Interview.

³² Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Mitarbeitern wurden nicht befragt.

Über die Autoren

David Cutts ist Professor der Politikwissenschaft an der Universität Birmingham und Associate Fellow im Europa-Programm von Chatham House. Davor war er an der Universität Manchester und der Universität Bath tätig. Zu seinen besonderen Interessensgebieten zählen Wählerverhalten und politisches Verhalten, Parteienwahlkampf und politischer Wahlkampf, politisches und gesellschaftliches Engagement, Parteienwettbewerb sowie Methoden zur Erstellung von Modellen für politisches Verhalten. Zahlreiche seiner Artikel wurden in führenden Magazinen veröffentlicht, z.B. *American Journal of Political Science*, *Journal of Politics*, *European Journal of Political Research* und *British Journal of Political Science*. Ab Juli 2017 wird Professor Cutts als Co-Redaktionsleiter des Journals *Political Studies Review* tätig sein.

Matthew Goodwin ist Professor der Politikwissenschaft an der Universität Kent, Visiting Senior Fellow im Europa-Programm von Chatham House und Senior Fellow der Initiative „The UK in a Changing Europe“. Er ist bekannt für seine Arbeiten zu Großbritannien und Europa, Radikalismus, Zuwanderung und Europaskepsis. 2010 wurde er zum Dozenten der Politikwissenschaft an die Universität Nottingham berufen. Professor Goodwin erhielt außerdem den ESRC Knowledge Exchange Fellowship und war zwölf Monate lang im Rahmen einer Vollzeitabordnung für eine zentrale Regierungsstelle tätig, wo er sich mit Extremismus und Integration befasste. 2015 wurde er als Professor der Politik an die Universität Kent berufen. Zuletzt erschien sein Buch *Brexit: Why Britain Voted to Leave the European Union* (CUP, 2017), das er gemeinsam mit Harold Clarke und Paul Whiteley verfasste.

Thomas Raines ist Research Fellow bei Chatham House, wo er das Europa-Programm leitet. Davor war er für die Strategieabteilung des britischen Außenministeriums in London tätig. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU, die britische Außenpolitik sowie die öffentliche Meinung zu internationalen Belangen. Er verfasste etliche Forschungsarbeiten im Auftrag von Chatham House, darunter *Internationalism or Isolationism?: British Attitudes towards the UK's International Priorities* (2015), *Europe's Energy Union* (2016) mit Shane Tomlinson und *UK Unplugged? The Impacts of Brexit on Energy and Climate Policy* (2016), gemeinsam mit Antony Froggatt und Shane Tomlinson.

Danksagung

Die vorliegende Forschungsarbeit wäre ohne die großzügige Unterstützung der Stiftung Mercator, der Robert Bosch Stiftung, der King Baudouin Foundation und der ERSTE Stiftung nicht zustande gekommen.

Der Dank der Autoren gebührt insbesondere Rana Islam und Ann-Kristin Montino (Stiftung Mercator), Jacob Düringer (Robert Bosch Stiftung), Stefan Schäfers (King Baudouin Foundation) sowie Robin Gosejohann und Marianne Schlögl (ERSTE Stiftung) für ihre Unterstützung und wertvollen Anregungen während des gesamten Projekts.

Ein herzliches Dankeschön auch an Nicolas Becuwe, Sophie Goudet und Chris Hanley (Kantar Public) für ihre Hilfe und Tipps bei der Konzeption und Umsetzung der Umfrage.

Darüber hinaus danken wir Janis Emmanouilidis und Yann-Sven Rittelmeyer (European Policy Centre); Jana Puglierin (DGAP); Salvador Llaudes (Real Instituto Elcano); Eleni Panagiotarea (ELIAMEP); Krzysztof Blusz (WiseEuropa); Riccardo Alcaro (Istituto Affari Internazionali); Péter Krekó (Political Capital); Almut Möller (ECFR Berlin); Alexander Mattelaer (Egmont); Edit Inotai (Centre for Euro-Atlantic Integration and Democracy, CEID) und Paul Schmidt (OEGFE) für ihre hilfreichen Beiträge im Rahmen dieses Projekts. Wir danken auch allen anderen Workshop-Teilnehmern und Befragten in Brüssel, Berlin und London.

Unser besonderer Dank gebührt Robin Niblett, Quentin Peel, Nick Bouchet und Angelos Chrysosgelos von Chatham House für ihre Ratschläge und Anmerkungen zu den ersten Entwürfen sowie den beiden anonymen Peer-Review-Gutachtern. Wir danken Michael Tsang und Jake Statham für die redaktionelle Bearbeitung des Berichts, Antoine Pennewaert, Caroline Van Keeken, Colette Vittet, Barbara Maya, Lorand Bodo and Joshua Webb für Hilfe bei der Übersetzung, Jason Naselli und Jenny Williams für ihre Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung und den Medienkontakten sowie Autumn Forecast von Soapbox für die grafische Gestaltung.

Schließlich möchten wir uns bei Georgina Wright und Alina Lyadova vom Europa-Programm von Chatham House für ihre Hilfe und Unterstützung über die gesamte Projektlaufzeit hinweg bedanken.

Independent thinking since 1920



ERSTE Stiftung

Robert Bosch Stiftung

**STIFTUNG
MERCATOR**

Chatham House, the Royal Institute of International Affairs, ist ein unabhängiger Thinktank mit Sitz in London. Unser Auftrag besteht darin zu einer nachhaltigen, sicheren, prosperierenden und gerechten Welt beizutragen.

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation darf weder ganz noch teilweise ohne die vorherige schriftliche Genehmigung des Rechteinhabers reproduziert oder in irgendeiner Form oder Weise, sei es elektronisch oder mechanisch durch Fotokopieren, Aufzeichnen oder Speichern oder Abrufen in Datenspeicherungsanlagen übertragen werden. Bitte richten Sie alle Anfragen an die Herausgeber.

Chatham House äußert sich keine eigenen Meinungen. Für die in dieser Publikation vertretenen Auffassungen ist der Autor verantwortlich.

Copyright © The Royal Institute of International Affairs, 2017

Zum Titelbild: Der Präsidentschaftskandidat Emmanuel Macron trifft Angestellte einer Whirlpool Fabrik in Amiens am 26. April 2017. Die Arbeiter hatten gegen Pläne die Fabrik nach Polen zu verlagern demonstriert.

Fotocredit: Copyright © Nicolas Kovarik/IP3/Contributor

ISBN 978 1 78413 231 6

Diese Publikation ist auf Recyclingpapier gedruckt worden.

The Royal Institute of International Affairs
Chatham House
10 St James's Square, London SW1Y 4LE
T +44 (0)20 7957 5700 F +44 (0)20 7957 5710
contact@chathamhouse.org www.chathamhouse.org

Charity Registration Number: 208223